HERAUSGEBER
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts
Der Vorstand
Karsten Brenner, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt *(Geschäftsführer)*
Julia Hornig M.A.
Dr. Bernd Rother
Dr. Wolfgang Schmidt

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Schmidt

© 2007 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
Hans Gieselmann, Druck- und Medienhaus GmbH, Nuthetal

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2007
ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-13-X

Willy-Brandt-Gespräch 2006

»Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?

Vortrag und Podiumsdiskussion am 10. Oktober 2006
im Festsaal des Roten Rathauses in Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 14

INHALT

Willy Brandt – 6
Stationen seines Lebens

Wolfgang Thierse 9
Grußwort des Vorsitzenden des Kuratoriums
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Prof. Dr. Richard Schröder 13
Impulsvortrag »Mehr Demokratie wagen« (1969) –
»Mehr Freiheit wagen« (2005)

Podiumsdiskussion 21
Niels Annen, MdB
Prof. Dr. Claus Offe
Prof. Dr. Gesine Schwan
Arnold Vaatz, MdB
Moderation: Tissy Bruns

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950-1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler

1971	Friedensnobelpreisträger
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

BUNDESTAGSVIZEPRÄSIDENT WOLFGANG THIERSE

Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Bundespräsident a. D. Scheel,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

als Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung begrüße ich Sie sehr herzlich zu unserem heutigen Willy-Brandt-Gespräch.

Es ist inzwischen gute Tradition, dass unsere Stiftung zum Todestag Willy Brandts, der am 8. Oktober 1992 verstorben ist, zu einer großen Veranstaltung einlädt. Bisher fand sie zumeist an unserem Sitz im Rathaus Schöneberg statt. Heute sind wir zum ersten Mal in der Mitte Berlins zu Gast, und ich freue mich sehr, dass wir das »Willy-Brandt-Gespräch« an einem so schönen Ort präsentieren können.

Es ist der Auftrag unserer parteiunabhängigen Stiftung, die Erinnerung an die politischen Leistungen Willy Brandts, sein Leben und seine Zeit wachzuhalten. Mit dem »Willy-Brandt-Gespräch«, das einmal im Jahr stattfinden wird, suchen wir diese Aufgabe auf eine neue Weise zu erfüllen. Unseren vielfältigen Aktivitäten in der wissenschaftlichen Forschung und in der politischen Bildung fügen wir somit ein weiteres Element hinzu.

Erlauben Sie mir, zu unseren Aktivitäten noch einiges zu sagen:

Unser derzeit wichtigstes Projekt ist die Errichtung des »Willy-Brandt-Hauses in Lübeck«, das große Fortschritte macht. Übermorgen feiern wir das Richtfest für diese Erinnerungs-, Begegnungs- und Bildungsstätte in der Geburtsstadt Willy Brandts. Das Haus wird am 18. Dezember 2007 eröffnet.

Auch über die Willy-Brandt-Edition »Berliner Ausgabe« kann ich Erfreuliches mitteilen. Im August 2006 ist Band 8 mit dem Titel »Über Europa hinaus – Dritte Welt und Sozialistische Internationale« erschienen, der von den Stiftungsmitarbeitern Bernd Rother und Wolfgang Schmidt erstellt wurde.

Im Mittelpunkt dieses Bandes steht das weltweite Engagement für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit, das Willy Brandt als Präsident der SI und als Vorsitzender der »Nord-Süd-Kommission« zeigte. Erhard Eppler wird das Buch am 29. November 2006 im Rathaus Schöneberg der Öffentlichkeit vorstellen.

Wolfgang Thierse, Kuratoriumsvorsitzender

Ihren Abschluss findet unsere Edition im Jahr 2008 mit Band 10 zum Thema »Gemeinsame Sicherheit – Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992«.

Unsere Stiftung ist auch auf internationalem Gebiet aktiv. Im Juni haben wir in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Metz eine Historikerkonferenz zum Thema »Willy Brandt und die europäische Einigung« veranstaltet. 40 Experten aus fünf Ländern nahmen an den Vorträgen und Podiumsdiskussionen teil. Für das kommende Jahr ist eine vergleichbare Tagung in Polen geplant.

Ich möchte mich sehr herzlich für die Arbeit, die solche Veranstaltungen voraussetzen, insbesondere bei dem Vorsitzenden, Herrn Karsten Brenner, sowie allen Mitarbeitern der Stiftung bedanken.

Meine Damen und Herren,

unsere Stiftung startet heute die Veranstaltungsreihe »Willy-Brandt-Gespräche«. Ihr Ziel ist es, eine Brücke von Brandt und den Themen seiner Zeit zu aktuellen politischen Fragen zu schlagen.

So möchten wir das historische Gedenken an Willy Brandt mit der Erörterung von Gegenwarts- und Zukunftsfragen verbinden. Ganz im Sinne ihres Namengebers soll im »Willy-Brandt-Gespräch« auch – wenn es denn irgend geht – »über den Tag hinaus« gedacht werden.

Es ist doch ganz reizvoll, zu erörtern, was es für die Politik heute bedeutet, dass die erste Bundeskanzlerin, die der CDU angehört und in der DDR aufwuchs, sich das einst in der alten Bundesrepublik durchaus umstrittene Motto des ersten sozialdemokratischen Kanzlers zu eigen gemacht und ergänzend einen ähnlich klingenden neuen Slogan formuliert hat.

Als Willy Brandt am 28. Oktober 1969 im Bundestag ausrief »Wir wollen mehr Demokratie wagen«, war das damals – auch aus der Ferne, aus dem Osten konnte man das vernehmen – ein wichtiges Signal der neuen sozialliberalen Regierung vor allem an die jungen Leute. Die außerparlamentarische Opposition hatte gegen die Große Koalition protestiert, aber nicht nur die Studenten verlangten Reformen und mehr demokratische Mitbestimmung.

Es waren Jahre des Aufbegehrens und des Aufbruchs in der westdeutschen Gesellschaft. Es waren Jahre der Reformen, deren Gestaltung stark beeinflusst wurde – im Rückblick erscheint einem das deutlicher als damals – von optimistischem Fortschrittsglauben und der Idee der Planbarkeit von Politik und Gesellschaft.

Wie, so kann, so sollte man heute fragen, wurde Willy Brandts Ankündigung 1969 in der Bundesrepublik aufgenommen und was haben die in seiner Regierungszeit beschlossenen Reformen tatsächlich bewirkt? Was ist ihre weiter wirkende Qualität?

Mit Angela Merkels Appell »Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen« vom 30. November 2005 drängt sich ja auch die Frage auf, was unsere Zeit mit der Ära Brandt verbindet und was beide voneinander unterscheidet. Welches Bild von Reform gab es damals und welches ist heute bestimmend und welches muss heute bestimmend sein? Welche Freiheit, welche Freiheiten hat die Kanzlerin gemeint und wie viel »Mehr« davon können, sollen oder müssen wir uns in welchen Bereichen zutrauen, um aktuelle und zukünftige Probleme zu lösen?

Und schließlich: Kann zu diesen Lösungen auch Brandts »Mehr Demokratie wagen« noch irgendeinen Beitrag leisten? Was sagt uns dieses damalige Leitmotiv noch heute angesichts wachsender Wahlenthaltung und des leider zurückgehenden Interesses an Politik, wie alle behaupten?

Fragen dieser und anderer Art gilt es zu erörtern in dem heutigen Gespräch, das den Titel trägt: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?

Dazu begrüße ich zunächst sehr herzlich Professor Richard Schröder und danke ihm für seine Zusage, unser Gespräch mit einem Impulsvortrag einzuleiten.

Ich glaube, man braucht Richard Schröder nicht ausführlich vorzustellen. Er ist Professor für Philosophie und Systematische Theologie an der Humboldt-Universität.

Sodann heiße ich mit dem Ausdruck des herzlichen Dankes willkommen die Professoren Gesine Schwan und Claus Offe und die geschätzten Kollegen aus dem Bundestag Niels Annen und Arnold Vaatz.

Die Diskussion wird leiten Tissy Bruns, Leitende Parlamentsredakteurin im Berliner »Tagesspiegel«. Herzlich willkommen.

Ich bin gespannt auf den Vortrag und auf die Diskussion, und ich wünsche uns einen interessanten politischen Abend.

RICHARD SCHRÖDER

Impulsvortrag

»MEHR DEMOKRATIE WAGEN« (1969) – »MEHR FREIHEIT WAGEN« (2005)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident a. D.,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

»Mehr Demokratie wagen« war der Leitsatz von Willy Brandts Regierungserklärung zu Beginn der sozial-liberalen Koalition 1969.

Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung zu Beginn der großen Koalition 2005 an diesen Leitsatz Willy Brandts erinnert, auch daran erinnert, dass er den Menschen damals in der DDR wie Musik in den Ohren klang, um dann zu sagen: »Gestatten Sie mir, diesen Satz heute zu ergänzen und uns zuzurufen: Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen!« Wohlgemerkt: »Mehr Freiheit wagen« war als Ergänzung, nicht als Ersatz gedacht.

Ich möchte zur Einleitung dieser Diskussion zuerst über Willy Brandts Leitsatz sprechen, was damals gemeint war, was daraus geworden ist und wie wir ihn in Ostdeutschland verstanden und gehört haben. Dabei wird es auch um die grundsätzliche Frage gehen, was denn unter Demokratie zu verstehen ist.

Sodann werde ich erläutern, wie Angela Merkel ihren ergänzenden Satz verstanden wissen will und einige grundsätzliche Fragen zum Thema Freiheit ansprechen.

1. »Mehr Demokratie wagen«

Wir müssen uns an das Jahr 1968 erinnern, um Brandts Regierungserklärung angemessen einordnen zu können, an die Studentenunruhen, in denen sich ein moralisch motiviertes Unbehagen an den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik artikulierte, bis hin zur Ablehnung. Der Schah von Persien hat Blut an den Händen und wir empfangen ihn mit allen Ehren. Die USA, unsere Verbündeten, führen einen schmutzigen Krieg in Vietnam. Und hinter allem der Generationenkonflikt: Unsere Eltern waren Nazis. Heute sind sie Demokraten – und schweigen immer noch. Alles verkehrte Welt. Die gehört vom Kopf auf die Füße gestellt.

In dieser Situation war Brandts Leitsatz wie Wasser in der Wüste, das Versprechen eines Neuanfangs, sogar von einer zweiten Stunde Null war die Rede, als würde die Bundesrepublik nun neu gegründet.

Was genau hat denn Willy Brandt mit seinem Leitsatz gemeint? Ein halbes Jahr zuvor, im Mai 1969, hatte er in einem Aufsatz geschrieben: »Für die CDU/CSU bedeutet Demokratie eine Organisationsform des Staates. Für die SPD bedeutet Demokratie ein Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein des Menschen beeinflussen und durchdringen muss.«

In seiner Regierungserklärung waren es die Stichworte Partizipation, Mitbestimmung, Mitverantwortung, soziale Demokratie, Modernisierung, mit denen er den Leitsatz entfaltete. Das alles war gegen den Untertanengeist und gegen hierarchische Strukturen dort, wo sie nicht hingehören, gerichtet. Es war Willy Brandt, der den ökonomistischen Ausdruck Lebensstandard durch den Ausdruck Lebensqualität ersetzte.

Und was hat diese Politik erbracht?

Partizipation: Das aktive und das passive Wahlalter wurden auf 18 und 21 gesenkt, die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer wurde eingeführt. Die SPD erfuhr einen gewaltigen Zustrom meist jüngerer Mitglieder, sie wurde von der Arbeiterpartei zur Akademikerpartei.

Modernisierung: Hier nenne ich das Familien- und Eherecht, die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs.

Und nun ist etwas Seltsames zu berichten: All die vielen anderen Reformprojekte der sozial-liberalen Koalition lassen sich gar nicht ohne weiteres unter die Losung »mehr Demokratie wagen« subsumieren. Sie standen unter der Devise: mehr Staat installieren, nämlich Steigerung der Leistungsfähigkeit des Staates durch Planung. Das Bundeskanzleramt als Politikplanungszentrale verdoppelte seine Mitarbeiterzahl und bekam den ersten Computer. Für fünfzehn Jahre im Voraus sollten die Aufgaben und die Ausgaben geplant werden: Gesamtbildungsplan, Struktur- und Raumordnungsplanung, Planung der Forschungsprioritäten. Übrig geblieben ist davon nur die mittelfristige Finanzplanung. Gescheitert ist diese Planungswut an zweierlei.

In der Aufgabenplanung waren alle Meister. Aber das kostete alles Geld. Prompt wurde der Finanzminister der Buhmann, der den edlen Zwecken im Weg stand. Alex Möller nahm 1971 den Hut.

Und zweitens: die Planungsstrategen hatten für die nächsten 15 Jahre jährliche Wachstumsraten von 4 bis 6% eingeplant. Man erwartete also jährlich zusätzliches Geld für zusätzliche Wohltaten. Das ist zweifellos die angenehmste Art von Sozialpolitik. Doch dann kam der Ölschock 1973. Die Einsicht dämmerte, dass kein Naturgesetz Zuwachsraten garantiert. Wie sehr sich doch oft Gegner, die Zeitgenossen sind, gleichen. Die Idee von der Planbarkeit der Weltgeschichte gab es in einer amerikanischen und einer sowjetischen Version.

Ist also Willy Brandts Leitsatz gescheitert? Keineswegs.

Erstens hat sich die bundesdeutsche Gesellschaft in jenen Jahren tatsächlich demokratisiert dergestalt, dass das Prinzip der Partizipation an Boden gewonnen hat, in der Erziehung, in Schule und Universität, in Gestalt von Bürgerinitiativen.

Es darf dabei offen bleiben, ob Brandts Leitsatz all dies bewirkt hat, – ob er Tendenzen, die ohnehin am Werke waren, sozusagen auf den Begriff gebracht – oder auf den Begriff gebracht und dadurch verstärkt hat. Wir würden ja selbst einem technizistischen Politikverständnis aufsitzen, wenn wir nur das erste für wirksame Politik hielten: Einer gibt die Losung vor und alle machen mit.

Zweitens. Bisher haben wir Brandts Leitsatz so gelesen: Von etwas Gutem, der Demokratie nämlich, mehr wagen. Es gibt eine zweite Lesart, die Willy Brandt mit Sicherheit auch gemeint hat: Mehr Demokratie wagen, denn sie ist, entgegen anderslautenden Behauptungen, etwas Gutes. Brandt sagte: »Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.« Willy Brandt hat nicht gesagt: »Eine andere Demokratie wagen.« Er hat mit seinem Satz zugleich die parlamentarische Demokratie und die Ordnung des Grundgesetzes verteidigt.

Aber hat sie denn jemand in Frage gestellt? Allerdings, diejenigen nämlich, die auch die Ordnung des Grundgesetzes zum Muff aus tausend Jahren zählten und als FDGO verhöhnten. Es war eben nicht nur der SDS, der in marxistischer Manier die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die sozialistische Revolution und die Systemüberwindung forderte, das war auch von den Jusos zu hören. Auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD im November 1971 hatte sich Willy Brandt gegen die Forderung zur Wehr zu setzen, er sei als Bundeskanzler an die Beschlüsse des SPD-Parteitags gebunden, er hatte also gegen das imperative Mandat zu kämpfen.

Nun will ich kurz beschreiben, wie sich die APO für mich vom Osten her darstellte. Ich studierte damals an der Kirchlichen Hochschule Ostberlin und

hatte Kontakt mit Kommilitonen der Kirchen Hochschule Westberlin. Da hörten wir denn, dass sie in einem faschistoiden Staat leben und dass die Zukunft dem Sozialismus gehört und dass eine Wiedervereinigung unmöglich sei wegen der Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Sozialismus. Und dem Sozialismus gehört die Zukunft. Thesen also, die wir auch schon im Neuen Deutschland gelesen hatten. In ihrer moralistischen Empörung hatten sie sich den Unterschied zwischen Diktatur und Freiheit glatt weggebügelt. Sie verachteten die Freiheit, die sie hatten und wir nicht und verstiegen sich gelegentlich sogar zu der absurden Behauptung, dass wir bei allerlei Nachteilen sonst, doch schon von der Geisel des Kapitalismus befreit seien.

Solchen Versuchungen hat Willy Brandt immer widerstanden.

Ich habe bei jenen Westkommilitonen eine spezifische Art geistiger Unfreiheit kennen gelernt, nämlich die Gefangenschaft in den Alternativen. Wenn Antikommunismus verkehrt ist, dann ist Kommunismus richtig. Wenn Faschismus verkehrt ist, dann ist Antifaschismus richtig. Bei dieser Logik der Umkehrung bleiben aber immer die Rahmenbedingungen konstant. Das scheinbar Neue ist dann nur eine Variante des Alten. Ich erläutere das an der marxistisch-leninistischen Definition von Demokratie: »Demokratie ist [...] eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere.« Demnach ist Demokratie immer Diktatur, auch die sozialistische. »Die Diktatur des Proletariats ist ein qualitativ neuer Typ der Demokratie.« »Das demokratische Wesen der Herrschaft der Arbeiterklasse [...] erfordert [...], dass dieselbe Herrschaft der Arbeiterklasse gegenüber den Feinden des Sozialismus Diktatur [...] ist und ihnen gegenüber gegebenenfalls diktatorische Maßnahmen anwendet.«[1]

Das Jahr 1968 war für uns im Osten vor allem das Jahr des Prager Frühlings und seiner Zerschlagung durch die Truppen des Warschauer Paktes. Der Versuch, in einem sozialistischen Land mehr Demokratie zu wagen, war wieder einmal durch Panzer niedergewalzt worden. Vor diesem Hintergrund haben wir Willy Brandts Leitsatz »Mehr Demokratie wagen« gehört: Mehr als im »real existierenden Sozialismus« erlaubt ist.

Und deshalb waren unsere Erwartungen an Brandts neue Ostpolitik so hoch. Wir hatten die Hoffnung, der Bundeskanzler könne die SED dazu bewegen,

[1] Günther Heyden, Art. Demokratie, in: Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von G. Klaus, M. Buhr, Bd. 1, 7. Aufl., Leipzig 1970, S. 225.

der DDR-Bevölkerung mehr Freiheit zu gewähren. Wie hoch diese Erwartungen in der DDR-Bevölkerung waren, hat die SED überrascht, als bei Brandts erstem DDR-Besuch 1970 die Erfurter ihn unbedingt sehen wollten und ganz gegen die Planung im Sprechchor riefen: »Willy Brandt ans Fenster!«

Im Rückblick können wir sagen: die Entspannungspolitik hat einen gewichtigen Beitrag für das Ende der sozialistischen Diktaturen geleistet. Willy Brandt hat das noch erleben dürfen und sich die Freude an der deutschen Einheit von den Enkeln nicht vermiesen lassen.

Prof. Dr. Richard Schröder

Immer wieder wird behauptet, in Ostdeutschland sei die Zustimmung zur Demokratie beängstigend gering. Manche sehen dadurch sogar die Demokratie in Deutschland gefährdet. Ich halte das alles für Panikmache.

Fragt man nämlich, ob die Demokratie die beste Staatsform sei, antwortet auch im Osten eine Mehrheit mit ja. Fragt man dagegen, ob die Demokratie die gegenwärtigen Probleme zu lösen vermag, antwortet eine Mehrheit mit nein. Sie haben offenbar bei »Demokratie« einfach an »Regierung« gedacht. Wenn man nachfragen würde, was »die Demokratie« nicht zu lösen vermag, würde sicher die Arbeitslosigkeit genannt. Viele verstehen »die Demokratie«

in demselben Sinne holistisch, wie früher das Wort »der Sozialismus«. Hätte man alternativ gefragt, ob die Demokratie oder die Diktatur die Probleme besser lösen könne, wären möglicherweise andere Ergebnisse herausgekommen. Im Übrigen weiß eine Mehrheit nichts mit dem Wort Gewaltenteilung anzufangen.

Entscheidend ist doch, dass auch in Ostdeutschland die Demokratie auf allen Ebenen unangefochten praktiziert wird. Konkludentes Handeln nennen die Juristen diese Art von tätiger Zustimmung.

2. »Mehr Freiheit wagen«

Auch hier will ich zuerst beschreiben, was Angela Merkel vor Augen hatte, als sie diesen Leitsatz sprach. »Die größte Überraschung meines Lebens ist die Freiheit. Mit vielem habe ich gerechnet, aber nicht mit dem Geschenk der Freiheit vor meinem Rentenalter.«

In einer Regierungserklärung ist vor allem interessant, welche politischen Konsequenzen dieser Leitsatz haben soll. »Lassen Sie uns die Wachstumsbremsen lösen! Lassen Sie uns selbst befreien von Bürokratie und altbackenen Verordnungen.«

Der Grundsatz »Mehr Demokratie wagen« lässt sich in der Tat auch so praktizieren, dass er bloß zu mehr Bürokratie führt. Man kann durch extensive Partizipation dafür sorgen, dass jahrzehntelang überhaupt nicht entschieden wird. Die Berliner Flughafenplanung illustriert das. Merkel fordert ein Planungsbeschleunigungsgesetz.

Mehr Freiheit wagen, das bezieht sie aber zuerst auf die anstehenden Reformen. »Lassen Sie uns verzichten auf die eingeübten Rituale, auf die reflexhaften Aufschreie, wenn jemand etwas verändern will.« Ich finde, auch darin hat sie Recht. Hinter jeder Vorschrift, hinter jedem Stück des Status quo steht ein Lobbyist, der aufschreit, wenn er seine Interessen berührt sieht. Dabei kann offen bleiben, ob dieser Widerstand gegen Veränderungen typisch deutsch ist oder schon Ausdruck einer alternden Gesellschaft, die ganz im Gegensatz zu 1968, nicht nach Veränderung und Modernisierung ruft, sondern alles haben will wie gehabt.

Das aber ist jedenfalls ausgeschlossen, weil die Verhältnisse nicht mehr so sind wie gehabt.

Die Reformpolitik von 1969 und die heute notwendige Reformpolitik unterscheiden sich mindestens durch Folgendes:

1969 konnte man noch Zuwachsraten verplanen, heute müssen wir Wachstumsbremsen beseitigen und von den hohen Staatsschulden herunterkommen.

1969 konnte man noch völlig neue Sozialleistungen schaffen, wie die Lohnfortzahlung. Heute ist ein erheblicher Reformbedarf allein dafür notwendig, dass die bestehenden sozialen Sicherungssysteme weiter ihren Dienst tun können.

1969 konnte sich der Staat noch als der große Macher empfehlen. Heute sind seine Handlungsmöglichkeiten in einer Welt ohne Grenzen deutlich beschränkt. Er ist in weitaus höherem Maße darauf angewiesen, dass sich die Bürger, so weit sie dazu in der Lage sind, selbst um ihre Angelegenheiten kümmern.

In einem anderen Zusammenhang hat Angela Merkel darauf hingewiesen, dass in Deutschland »nicht die Freiheit aus Verantwortung und die Freiheit zu etwas, sondern eine sehr individualistisch ausgebildete Freiheit« dominiere. Ich sehe das genauso.

Freiheit wird zumeist verstanden als Emanzipation, also als Entlassung aus der Vormundschaft, als »Freiheit von …«. Das Paradigma ist der Gefangene, der endlich befreit ist von den Fesseln. Sich frei bewegen zu können ist ja tatsächlich eine der elementarsten Freiheitserfahrungen. Nicht selten aber scheitern befreite Gefangene in der Freiheit, weil sie sich nicht zu orientieren vermögen.

Bei Aristoteles findet sich die Bemerkung, Tiere und Knechte könnten tun, was sie wollen, nicht aber der freie Mensch, denn der sei ja verantwortlich für die gemeinsamen Angelegenheiten und müsse deshalb das tun, was das gedeihliche Zusammenleben erfordert.

Ich bin weit entfernt davon, die Freiheit von äußerem Zwang oder die äußere Freiheit gering zu achten. Wir haben sie im Osten lange genug entbehren müssen. Und doch bleibt sie merkwürdig hohl und substanzlos, wenn sie nicht in der Freiheit für etwas ihre Orientierung und Ausrichtung findet.

Das verweist ins Vorpolitische. Wir wollen ja schließlich keinen Erziehungsstaat, der uns den Gebrauch der Freiheit vorschreibt oder antrainiert. Was für eine Freiheit wäre das auch. Aber das Politische ruht auf dem Vorpolitischen. Eine Gesellschaft von unzufriedenen und unmündigen Knechten kann keine wirklich freie Gesellschaft sein.

Die Tugend des Bürgers hat Aristoteles so beschrieben: Die Regierung über Freie und Gleiche im Wechsel ausüben und ertragen können. In diesem Sinne sollten wir »mehr Freiheit wagen.«

PODIUMSDISKUSSION

Tissy Bruns:
Unser Podium ist ja schon kurz vorgestellt worden, aber ich glaube, jeder der hier anwesenden vier Diskutanten verdient doch auch in Bezug auf unser Thema eine etwas persönlichere Vorstellung.

Es gebietet natürlich die Höflichkeit, dass ich mit Frau Professor Schwan anfange, die ich sicher nicht als Person vorstellen muss, aber doch mit einigen kleinen Daten aus ihrer Geschichte. Die Politikwissenschaftlerin, Präsidentschaftskandidatin, Leiterin der berühmten Hochschule in Frankfurt/Oder, die junge Menschen aus vielen Nationen, nicht nur aus den zwei direkt aneinander grenzenden zusammenführt, hat auch eine spezielle Geschichte in Bezug auf das Zitat »Mehr Demokratie wagen«, mit dem wir uns heute beschäftigen wollen. Als Sozialdemokratin hatte sie immer eine besondere Spannung zu denen, die in Willy Brandts Zeiten die APO dargestellt haben. Gerhard Schröder hat sehr viel später mal zu ihr gesagt, als er sie zur Präsidentschaftskandidatin berufen hat – beide duzen sich vermutlich –: »Gesine, ich muss zugeben, Du hattest damals mehr Recht als ich.« Richtig zitiert, sinngemäß jedenfalls.

Gesine Schwan:
Sinngemäß, ja.

Tissy Bruns:
Und wir werden auf diesen Punkt – die APO, Willy Brandt, die Demokratie und die Freiheit – sicher noch zurückkommen.

Dann begrüße ich sehr herzlich neben mir Arnold Vaatz, der – das will ich gleich eingangs sagen – heute vielleicht die undankbarste Rolle hat, weil er sich als CDU-Abgeordneter hier in einem gewissen schrägen Balancegewicht zum sozialdemokratischen Übergewicht befindet, das Herr Annen und Frau Schwan darstellen. Aber, ich glaube, er ist vollkommen zuversichtlich, wie alle anderen auch, dass ihn das nicht hindern wird, hier seinen Platz zu finden.

Herr Vaatz, schon vorgestellt als Bundestagsabgeordneter der CDU, ist Diplommathematiker, hat die Unfreiheit in ihrer besonders harten Form kennen gelernt. Sie haben im Gefängnis gesessen in der DDR. Auch darauf wollen wir noch kommen.

Dann gehe ich über zu Professor Offe, jahrgangsmäßig, auch biografisch interessant und interessiert, gerade in den Zeiten, als Willy Brandt seinen Satz sprach. Nach einer Hochschulkarriere in Bielefeld, Bremen und Berlin lehrt er heute als Politikwissenschaftler politische Soziologie an der Hertie School of Governance in Berlin. Der Standort ist sehr interessant: Es ist, nachdem Herr Schröder dort als Kanzler zunächst Platz genommen hatte – vorher war Herr Honecker dort ausgezogen –, nämlich das ehemalige Staatsratsgebäude. Und wie mir Herr Offe eben erzählt hat, steht der Kaffeeautomat im ehemaligen Arbeitszimmer von Erich Honecker.

v.l.n.r.: Niels Annen, Claus Offe, Gesine Schwan, Arnold Vaatz, Tissy Bruns

Der Jüngste in unserer Runde, der auch gleich die erste Frage beantworten wird, ist Niels Annen, SPD, Bundestagsabgeordneter, Juso-Vorsitzender und Jahrgang 1973. Er wird als erster hier antworten, weil er der Einzige in unserer Runde ist, der das berühmte Willy-Brandt-Zitat gewissermaßen in historischer Übertragung und nicht direkt erlebt hat.

Herr Annen, wann ist Ihnen dieses Zitat das erste Mal begegnet? Was hat es Ihnen bedeutet? Hatte es noch das spirituelle Feuer, das es damals auf uns alle hatte, die es im O-Ton direkt wahrgenommen haben?

Niels Annen:

An das genaue Datum kann ich mich nicht mehr erinnern, da bitte ich ein wenig um Nachsicht. Aber ich weiß, dass ich von diesem Zitat von meiner Großmutter zum ersten Mal gehört habe, die am selben Tag wie Willy Brandt Geburtstag hatte. Es fiel in einem Gespräch im Kreis der Familie. Meine Großmutter hat damit aus ihrer Sicht die Glanzzeit der Politik beschrieben, weil sie den Eindruck hatte, es ging damals noch darum, für die kleinen Leute etwas zu tun, die Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten. Das hat sie immer sehr in den tagespolitischen Kontrast gestellt zu dem, was die damalige Kohl-Regierung dann gerade an konkreten Maßnahmen kommuniziert hat. Deswegen habe ich das Zitat immer sehr im Hintergrund und auch im Hinterkopf gehabt.

Als ich dann später Schülerarbeit gemacht habe und bei den Jusos aktiv wurde, habe ich die Rede auch nachgelesen und sie im Fernsehen gesehen. Vor allem hat mich aber, der von Professor Schröder auch noch zitierte Satz aus der Regierungserklärung sehr fasziniert, den Willy Brandt angeschlossen hat: »Wir sind nicht am Ende unserer Demokratie, sondern wir fangen gerade erst an.« Und das war etwas, was ich eigentlich vermisst habe in diesen Jahren, den Jahren der Kohl-Regierung, die ich als sehr, sehr bleiern empfand. Kohl war in meiner Generation einfach immer da.

Das ist ja so ein bisschen die Erfahrung aus meiner Generation, das im Grunde genommen nicht allzu viel passiert ist und man nicht den Eindruck hatte, dass es wirklich darum geht, die Gesellschaft in ihrer Gänze zu beteiligen, in einen Diskussionsprozess mit einzubeziehen.

Deswegen hat der Satz Brandts schon etwas von diesem Faszinosum auch für mich ganz persönlich gehabt, auch wenn ich natürlich die Auseinandersetzungen, die Diskussionen zum Teil aus Erzählungen oder nur aus den Geschichtsbüchern kannte. Aber, dass dort ein Politiker, ein Bundeskanzler überhaupt positiv wahrgenommen wird, das war etwas, was ich auch aus meinem persönlichen Umfeld – aufgrund natürlich auch meiner sozialdemokratisch gefärbten Umgebung, auch wenn meine Eltern nicht in der SPD waren und es bis heute nicht sind – nicht gekannt habe. Als ich politisch sozialisiert worden bin, waren die Mehrheitsverhältnisse anders. Man hat eine ganz andere Einstellung zur Politik gehabt hat. Deswegen ist es für mich auch bis heute einer der zentralen Sätze, der mich damals auch für die SPD interessiert hat. Es ist sicherlich nicht der einzige Grund, aber einer der Grün-

de gewesen, weshalb ich mich auch mit der Politik der Sozialdemokratie als dann sehr junger Mensch zumindest auseinandergesetzt habe. Und es war sicherlich einer der Punkte, die mich bewegt haben, schließlich in die SPD einzutreten.

Tissy Bruns:
Herr Vaatz, Sie hat dieser Satz ganz offensichtlich nicht zur SPD geführt, Sie sind ja CDU-Abgeordneter. Frau Merkel hat in ihrer Regierungserklärung 2005 gesagt, den Ostdeutschen hätte dieses Wort Brandts wie Musik in den Ohren geklungen.

Arnold Vaatz:
Ja, also, ich war damals 14 Jahre alt, ich bin Jahrgang 1955. Ich habe mich damals sehr lebhaft für Politik interessiert, auch aus dem ganz einfachen Grunde, weil wir enorme Auseinandersetzungen an der Schule hatten um die Themen Jugendweiheteilnahme ja oder nein, FDJ-Eintritt ja oder nein. Und dieser Begriff »Mehr Demokratie wagen« ist damals eigentlich nicht in das Zentrum der Wahrnehmung gerückt. Ich teile die Beobachtung von Professor Schröder, der vorhin gesagt hat, dass wir damals von Brandt etwas erwartet haben. D. h., etwas erwartet haben hauptsächlich unsere Eltern, Verwandten usw. Wir waren noch zu jung. Was war das?

Im Gegensatz zu Adenauer und auch im Gegensatz zu Erhard haben wir Brandt als jemanden wahrgenommen, der elementaren Anteil an dem Mauerbau in Berlin genommen hatte. Also, er hatte sich damals hingestellt und hat dieses verurteilt, leidenschaftlich verurteilt. Und wir kannten ihn als einen Betroffenen, als Regierenden Bürgermeister von Berlin, dem dieser anormale Zustand nicht gleichgültig war. Demzufolge erwarteten wir nicht zuerst etwas von dem Begriff »Mehr Demokratie wagen«, sondern wir glaubten, dass dieser Mann am ehesten dazu in der Lage sei, aus der Sachgasse herauszufinden, in der die Deutschlandpolitik in dem Moment steckte. Das Problem ist – und jetzt kommt die Frage, die Sie gestellt haben, weshalb ich dann aber schließlich in der CDU gelandet bin –: Wir haben dann allerdings nach und nach festgestellt, – und das habe ich jetzt selbst getan, das ist mir nicht mehr vermittelt worden durch die Eltern oder so – dass in den 70er Jahren, aber dann noch mehr in den 80er Jahren, man mittlerweile eigentlich nicht mehr auf einen Wandel in Ostdeutschland hinarbeitete von Seiten der

Bundesregierung. Vielleicht kann ich in diesem Zusammenhang verweisen auf ein Stück Literatur, ein Buch von Günter Gaus, das heißt wohl »Deutschlandlied«, was diese Entwicklung in der Politik beschreibt. Es gab mehr oder weniger eingeübte Formen der Kommunikation, die Spitzen der Apparate trafen sich, auch die Kirchenspitzen. Es gab kommunale Partnerschaften. Die Gewerkschaftsspitzen, die Regierungsspitzen trafen sich. Der Einzelne hatte daran null Anteil. Für den hatte sich gar nichts geändert, jedenfalls bis Anfang der 80er Jahre nicht.

Und die Sprache änderte sich, man ließ bei dem Namen DDR die Anführungszeichen weg und allmählich bog man ein nahezu auf die sprachliche Diktion, die ich aus Ostdeutschland kannte, also aus der DDR kannte. In dieser Situation habe ich allmählich begonnen zu resignieren in Bezug auf die Frage, ob diese Ostpolitik ein Ziel hat, was tatsächlich Demokratie in Ostdeutschland heißen könnte. Das beschreibt also die Meinung, die ich dann bezogen habe, dass das offenbar nicht der richtige Weg ist. Und ich bin dann sehr froh gewesen, dass dann in den 80er Jahren eine zusätzliche Komponente dazugekommen ist. Man hat zur DDR-Regierung gesagt: O. k., wir unterstützen Euch weiter mit Krediten usw., aber wir möchten sehen, dass sich auch an der unteren Ebene etwas tut, dass sich Leute begegnen können, weil sie Geburtstag haben oder weil sie eine Familienfeier haben oder was auch immer oder dass sie heiraten können über die Mauer hinweg. Das war für meine Begriffe schon eher ein Ansatzpunkt, der ein bisschen wegführte von der Art und Weise der vorherigen Begegnungen, als man eher den Eindruck hatte, dass sich die Spitzen etwas verbrüdern. Deshalb, wie gesagt, meine Neigung zur anderen Seite des politischen Spektrums.

Tissy Bruns:
Ich würde die beiden Sozialdemokraten in der Runde bitten, diesen Punkt einer gewissen Enttäuschung, die ja auch Willy Brandt mit dem Zitat geäußert hat, er lasse sich die Freude an der Einheit nicht von den Enkeln vermiesen, mal auf den Zettel zu nehmen. Ich weiß, Sie waren nicht politisch verantwortlich und Sie hatten eine andere Haltung, aber irgendjemand muss nachher diesen historischen Abschnitt der SPD noch beleuchten und reflektieren.

Zunächst Herr Offe, Sie waren am anderen Ende der Welt, als Willy Brandt 1969 den berühmten Satz sprach, in den USA.

Claus Offe:
Ja, ich habe ihn aber sofort und mit großer Freude aufgefasst und habe mir seitdem verschiedentlich Gedanken gemacht über die Frage: Wie passte der in die Zeit? Und auf was alles bezog er sich?

Dazu vielleicht drei Anmerkungen. Erstens, dass Willy Brandt und sein Sieg bei der Septemberwahl 1969 natürlich zu sehen sind im Zusammenhang mit den Mobilisierungserfolgen der Studentenbewegung, die Herr Schröder vorhin als die Studenten«unruhen« bezeichnet hat; diese außerordentliche Mobilisierung einer außerparlamentarischen Opposition, der APO, hatte ja im Vorfeld dieser Wahl nicht nur die junge Generation erfasst. Solche Hypothesen sind nie überprüfbar, trotzdem lohnt es sich, darüber nachzudenken: Ohne die APO und die Studentenbewegung wären die Wahlen nicht so eindeutig ausgegangen, wie sie dann ausgegangen sind. Insofern ist das berühmte Zitat auch ein Signal an die APO und ihre Demokratisierungsforderungen gewesen. Im weiteren Text der Regierungserklärung Brandts wird ja auch ausgeführt, dass eben nicht nur in der Politik, sondern auch im Betrieb, in Schulen, in Universitäten, in Gemeinden, ja in Familien die Anerkennung der Zugehörigen als Inhaber gleicher Freiheit Platz greifen sollte und eben die Demokratie nicht nur als Regierungsprinzip verwirklicht werden sollte.

Diese Bemerkung von Willy Brandt war zunächst ganz innenpolitisch gemeint. Sie war nicht an die Bewohner der DDR gerichtet und stellte ihnen damals »mehr Demokratie« auch nicht in Aussicht. Die Priorität der Außenpolitik, die neue Ostpolitik, ergab sich dann erst 1970 und in den folgenden Jahren.

Zweitens sollte man auch sagen, dass dieses Wort in den Kontext einer ideenpolitischen Auseinandersetzung gestellt werden muss, die damals stattfand. Um nur ein Beispiel zu geben: Einer der einflussreichsten intellektuellen Geister, die seinerzeit weit über den Bereich der Wissenschaft hinaus wirksam waren, nämlich Helmut Schelsky (ein zuvor schon in der Nazizeit durchaus erfolgreicher Intellektueller) hatte in seinen damaligen Schriften einen Gegensatz von Freiheit und Demokratie herausgestellt. Das war der ideenpolitische Hintergrund der Auseinandersetzungen. Willy Brandt hat sich auf die Seite derer gestellt, die gesagt haben, Demokratie und Freiheit sind kein Gegensatz, sondern sie gehören zusammen und sie steigern sich gegenseitig.

Und dann denke ich, dass es auch etwas unfair ist, zu sagen: Demokratie ist im wesentlichen Partizipation. Das wäre ein verkürzter Demokratiebegriff.

Willy Brandt hat das sehr genau gesehen. Er ist keineswegs einer Planungseuphorie aufgesessen, wie Herr Schröder vorhin suggeriert hat, ebenso wenig übrigens, wie die Angehörigen der Generation, von der da die Rede ist, das Grundgesetz als »Muff von 1000 Jahren« verächtlich gemacht hätten. Herr Schröder, Ihre Vorurteile haben Ihnen in diesem Punkt einfach ein Schnippchen geschlagen.

Zwischenruf Tissy Bruns:
Das hat er gar nicht gesagt.

Claus Offe:
Das hat er vorhin gesagt. Die Studenten hätten das Grundgesetz als Muff von 1000 Jahren bezeichnet. Das steht auch so im Text von Herrn Schröder. Das ist schlicht unwahr. Aber das ist ein Streit, den wir hier nicht weiterführen müssen.

Was Willy Brandt gesagt hat und nicht nur er, sondern seine Minister und die Intellektuellen, die ihn begleitet und beraten haben, sagten: Demokratie ist nicht nur Partizipation, sondern sie ist Zukunftsvorsorge. Die parlamentarische Demokratie hat den Nachteil, dass sie sozusagen in Vierjahresrhythmen vertaktet ist und nicht über die nächste Legislaturperiode hinausreicht. Jedenfalls gibt es starke Anreize, diesen Zeithorizont nicht zu überspringen. Dagegen müssen wir angehen und bildungspolitisch, wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch, städtebaupolitisch usw. in die längere Frist hineindenken und Vorsorge treffen. Wir müssen die Weitsicht erwerben, die uns unabhängig macht von momentanen Konstellationen. Und dieser weitere Demokratiebegriff, der also auch auf die Leistungen der Demokratie und der demokratischen Regierung für die Zukunft, nicht nur auf gegenwärtige Partizipation blickt, das war ein Lichtblick in der Zeit, über die wir reden.

Tissy Bruns:
Frau Schwan, Sie haben genügend Stoff geliefert bekommen durch ihren Vorredner. Ich möchte aber ein Anhängsel machen, was mich immer sehr bei diesem Zitat beschäftigt hat. Willy Brandt hat ja wahrscheinlich sehr lange überlegt, bevor er sagte: »Mehr Demokratie wagen.« Das Wort »wagen« deutet ja irgendwie auf die Anwesenheit von Risiko hin im Umgang mit Demokratie und Freiheit. Aber vielleicht wollen Sie erst mal Herrn Offe widersprechen.

Gesine Schwan:
Also, Sie wollten ja mit dieser ersten Frage an uns alle ein wenig zunächst die persönliche Erfahrung der historischen Situation beschrieben bekommen, und das will ich kurz versuchen.

Ich habe diese Regierungserklärung und überhaupt den Beginn der sozialliberalen Koalition als etwas Euphorisches wahrgenommen für mich. Und zwar, weil ich der Meinung war, dass über Jahre hinweg die Regierungsführung durch die CDU auch etwas Lähmendes hatte. Wir kannten ja überhaupt keine Bundesregierung, wo die SPD dran beteiligt und verantwortlich war. Das war das erste Mal, dass nach der Großen Koalition nun ein wirklicher Regierungswechsel stattfand, und ich weiß noch ganz genau, dass ich euphorische Gefühle hatte. Gar nicht präzise in dem, was jetzt genau kommen würde, sondern: Hach!

Zweitens. Das war in einer Zeit, wo ich schon erhebliche Negativerfahrungen gemacht hatte mit der Studentenbewegung. Die hatte ja an der Freien Universität ihre Höhepunkte 1967, 68, 69. Während ich zunächst in der so genannten kritischen Universität, die z. B. die Universität von innen aufrollen wollte mit neuen Fragen, sehr viel Positives sah, empfand ich dann sehr viel Intoleranz bei vielen, die diese Studentenbewegung vorantrieben. Das will ich jetzt nicht im Einzelnen ausführen. Meine Deutung ist heute, dass sie emanzipatorische und durchaus linke Inhalte mit autoritärem Habitus verbunden haben. Und das kann man auch psychologisch erklären.

Ich will nur sagen: Das war für mich offenbar kein Hiatus, dass ich »Mehr Demokratie wagen« und Brandt positiv fand, und dass ich auf der anderen Seite mit der Vollversammlungsdemokratie an der Freien Universität nicht besonders gute Erfahrungen gemacht hatte, weil sie keine ausgesprochen tolerante Institution war, sondern viel, viel Standvermögen verlangte, wenn man etwas sagte, was nicht von der Mehrheit geteilt wurde.

Zugleich war das eine Zeit, wo ich mich sehr stark mit der Ostpolitik auch befasst habe. Das war einer der Gründe, die erste Phase dieser Ostpolitik, in der Entspannungspolitik Polen gegenüber, weswegen ich in die SPD gegangen bin. Erst bei der zweiten Phase, wo ich fand, dass die Doppelspurigkeit – Verhandeln mit den Regierungen und Kritik am Kommunismus – nicht mehr eingehalten wurde, wurde ich ja sehr kritisch. Aber in dieser Phase, also 1969/70 usw., habe ich mich persönlich sehr viel mit dem beschäftigt, was Du, Claus, jetzt nicht als Kern siehst, nämlich Partizipationsformen. Und ich fand

Prof. Dr. Gesine Schwan

schon, dass zwei Punkte in diesem »Mehr Demokratie wagen« positiv waren. Erstens: Demokratie war nicht nur das, was bis dahin rein organisatorisch in der repräsentativen Demokratie entstanden war, sondern sollte weiterentwickelt werden durch das, was wir damals nannten, die Demokratisierung der gesellschaftlichen Teilbereiche: Bildung, Gesundheitswesen usw., Arbeit sowieso, die Arbeitswelt, Mitbestimmungsgesetze. Also Verantwortung übernehmen dort. Da gab es massive Gegner, die fanden, dass man sozusagen unsere Demokratie mit der Athenischen vergleichen sollte: Die öffentlichen Angelegenheiten, das gehöre in die Demokratie. Aber Wirtschaft usw. gehöre in den aristotelischen Oikos, in die private Sphäre, und diese ganze Idee der Partizipation, der Demokratisierung gesellschaftlicher Teilbereiche sei nicht in Ordnung. So stellte man Freiheit und Demokratie in Gegensatz, denn die Durchorganisation der Gesellschaft via Partizipation würde zu Unfreiheit füh-

ren, wäre auch nicht legitimierbar. Und ein bisschen hat ja Richard Schröder mit seinem Beispiel Flughafen Schönfeld darauf hingewiesen, dass natürlich die Demokratisierung der gesellschaftlichen Teilbereiche, Bürokratisierung bedeuten konnte, wenn alle diese Mitspracherechte hinein kamen und man zum Schluss überhaupt kein Gesetz mehr vor lauter Mitspracherechten zustande bringen konnte. Das war die Idee.

Auf der anderen Seite ging es um Würde in den Bereichen, wo man wirklich lebte, in der Arbeit, in der Bildung, und nicht nur darum, dass man einmal wählen ging alle vier Jahre. In dieser Verfassung befand ich mich und damit bin ich schon übergegangen zu dem, was Claus Offe gesagt hat. Also, ich glaube, dass Willy Brandt mit diesem Slogan – der, glaube ich, ihm von Günter Grass nahe gelegt worden ist, wenn ich das so richtig weiß – Verschiedenes aufnehmen wollte. Er wollte aufnehmen die rebellischen Tendenzen und mehr Demokratie wagen gegen die, die meinten: Jetzt ist aber Schluss, das darf nicht sein. Übrigens hatten auch Sozialdemokraten große Angst davor. Er wollte die Demokratie betonen. Er sah das Wagnis, aber ich glaube nicht, in dem Sinne, dass dann Gefahren mit der Demokratisierung verbunden sind, sondern als Kritik an denen, die diese Demokratisierung nicht wollten, die zu ängstlich waren gegenüber den Menschen, den Rebellen, gegenüber dem, was junge Leute und überhaupt Demokraten wollten. So habe ich dieses Wagen verstanden: Liebe Leute von der CDU, das sollten wir doch wagen, habt nicht solche Angst davor.

Beifall.

Tissy Bruns:
Wir haben bei bestehenden Widersprüchen, ich glaube, diese Zeit sehr gut ausgeleuchtet, wie auch immer es aufgenommen wurde. Das Wort war ein Zeichen von Aufbruch, von Hoffnung, von Erwartung, die positiv in die Zukunft gerichtet waren.

Jetzt springen wir mal ins Jahr 2005. Frau Merkel sagt: »Mehr Freiheit wagen.« Sie spricht in einem Land, das für seine Miesepetrigkeit weltweit berühmt und berüchtigt ist, das nicht an sich selber glaubt, das Reformen verschleppt hat. Von dem behauptet wird – Herr Schröder hat sehr interessant dazu argumentiert, finde ich –, dass die Ostdeutschen überhaupt demokratieskeptisch sind und dass auch der Bundesbürger den Satz verinnerlicht hat:

»Freiheit ist eben Verantwortung und deswegen haben so viele Leute Angst vor der Freiheit.«

Jetzt darf Herr Vaatz anfangen. War das Merkel-Wort auch Musik in ihren Ohren?

Arnold Vaatz:
Ja, Musik ist noch etwas anderes. Nein, ich fand aber, das ist der richtige Ansatzpunkt. Ich glaube, nicht allein die Mitglieder unserer Partei oder diejenigen, die uns wählen, sind der Meinung, dass die Lage in Deutschland im Augenblick ziemlich festgezurrt ist, also, dass wir in einer ganzen Reihe von Sachzwängen befangen sind und kaum noch Bewegungsspielraum haben. Herr Schröder hat ja vorhin den Hinweis gegeben, wie lange das hier in Berlin alleine mit dem Flughafen gedauert hat. Man kann das nicht nur bei dem Beispiel, auch bei anderen zeigen, dass wir uns offenbar in einer Umständlichkeit verfangen haben, die wirkliche Bewegung eigentlich nicht mehr zulässt. Und die Frage ist, an welchem Punkt muss man da was ändern. Das ist die notwendige Frage. Und mehr Freiheit wagen, das ist einfach die Ansage, dass man politisch aus diesem Schwitzkasten raus will oder raus muss. So, und das ist ungeheuer schwierig, weil die Diagnosen oftmals sehr gegensätzlich gestellt werden und demzufolge auch die Therapien einander widersprechen. Insofern glaube ich, ist es aber doch richtig, mal zu fragen, an welcher Stelle haben wir eigentlich mittlerweile ein Maß von Selbstbevormundung oder von Regularien oder einen Wust von Organisation und Bürokratie erreicht, das unser Land der Gefahr aussetzt, dass wir auf bestimmte Situationen nicht mehr angemessen reagieren können. Und wie weit ist überhaupt die Politik jetzt diejenige, die dort etwas ändern kann? Auch das ist eine spannende Frage. Die Frage ist, ob wir nicht vielleicht in Bezug auf unsere öffentliche Meinungsproduktion oder in Bezug auf das Tabuisieren von bestimmten Themen schon so weit gegangen sind, dass wir uns im Grunde Sprech- und Denkverbote auferlegen an Punkten, wo wir eigentlich wirklich etwas ändern müssten. Das ist der Punkt.

Ich glaube, wie gesagt, das ist der richtige Ansatz. Mehr Freiheit wagen, d. h. zu fragen, was ist jetzt unbedingt für das Funktionieren der Gesellschaft notwendig, was ist Pflicht, was ist Kür. Und angesichts der gegenwärtigen Lage muss man eben diese Abgrenzung zwischen Pflicht und Kür neu bestimmen. Dass es Änderungen geben muss bei uns, das ist meines Erachtens völlig

klar. Das Kollektiv der Einzahler in die Solidarsysteme wird immer kleiner, das Kollektiv derjenigen, die etwas beziehen aus dem Solidarsystem wird immer größer. Die Arbeitsplatzdichte ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen und die internationale Konkurrenz – Stichwort Globalisierung – hat ständig an Schärfe zugenommen. Das sind die Randbedingungen. Und in diesen Randbedingungen muss es gestattet sein zu fragen, ob denn unsere Ausstattungen an allen Stellen zukunftsfähig sind. Ich glaube, das verbirgt sich hinter der Frage.

Tissy Bruns:
Herr Annen, wir nehmen den SPD-Politiker als nächsten dran. Sie haben im Bundestag gesessen, als Frau Merkel gesprochen hat. Gehören Sie zu den Sozialdemokraten, die das als widerrechtliche Enteignung eines sozialdemokratischen Besitzstandes gehört haben, oder zu denen, die eine Verbeugung vor Willy Brandt und auch ein gewisses Versprechen in die Zukunft gehört haben.

Niels Annen:
Na ja, ich bin ja kein Jurist. Insofern musste ich das nicht unter diesem Gesichtspunkt bewerten. Aber ich gebe zu, dass ich irritiert war und eigentlich auch, um offen zu sprechen, ein wenig verärgert gewesen bin, weil ich es überhaupt nicht als Hommage an Willy Brandt verstanden habe.

Dazu muss man natürlich erklärend sagen, wir hatten die Koalitionsverhandlungen gerade hinter uns. Das war kein einfacher Prozess. Wir haben einen Wahlkampf geführt, der auch die eine oder andere Härte beinhaltet hatte. Und ich ganz persönlich zumindest hatte immer noch, als ich dieser Rede im Bundestag zugehört habe, die Leipziger Beschlüsse der CDU im Hinterkopf.

Auch hatte ich den Wahlkampf mit Professor Kirchhoff noch direkt vor Augen, bei dem ich den Eindruck hatte – und an der einen oder anderen Stelle ist dieser Eindruck auch nach wie vor existent –, dass die Union oder zumindest führende Teile innerhalb der Union eine Form der Staatsfeindlichkeit in der öffentlichen Debatte formuliert haben, die ich an der ein oder anderen Stelle sehr kritisch sehe. Auch unter der Frage: Was bedeutet das eigentlich für unsere Demokratie?

Nun ist ja die Sozialdemokratie auch aus ihrer Geschichte heraus nicht die Partei, die sagt: Alles muss der Staat machen. Wir haben uns immer auch als

Niels Annen, MdB

Emanzipationsbewegung empfunden, und es gab auch eine Situation in den Gründerjahren, in der die Sozialdemokraten vom Staat verfolgt wurden. Es ist also keineswegs so, wie das zum Teil ja auch dann formuliert wird, dass die SPD alles über den Staat regeln will. Deswegen muss man an der Stelle differenzieren.

Aber ich hatte den Eindruck, dass es sozusagen eine ideologische Fortschreibung der Programmpunkte aus dem Wahlkampf gibt, die ich politisch sehr hart bekämpft habe, weil ich vieles davon auch weiterhin für problematisch halte. Im Grunde genommen wurde aus meiner Sicht implizit ein Gegensatz aufgebaut zwischen Demokratie und Freiheit. Und diese Diskussion läuft weiter.

Das ist ja übrigens auch eine sehr lohnende Diskussion, wenn man sich anschaut, dass beide große Volksparteien ja zurzeit eine programmatische Debatte führen. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Christdemokraten nehmen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für sich in Anspruch und es gibt da durchaus eine Debatte über die Frage: Sollte man nicht vielleicht – das lese ich zumindest ein bisschen bei der Union heraus – den Begriff der Freiheit priorisieren, sozusagen als den wichtigsten Begriff, der dann die anderen entsprechend in der Rangfolge ein wenig nach hinten rücken lässt?

Meine Grundüberzeugung ist, dass man das eine nicht gegen das andere ausspielen kann. Ohne Freiheit säßen wir hier nicht. Deswegen kenne ich niemanden, der gegen mehr Freiheit wäre. Ich bin auch nicht dagegen, mehr Freiheit zu wagen. Ich habe allerdings den Eindruck, dass auch der Kontext, in dem Frau Merkel diesen Satz dort formuliert hat, nämlich der Hinweis auf die Bürokratie, nicht ganz passt.

Mit Verlaub muss ich sagen: Ich will mich nicht in die Berliner Politik einmischen, aber ich glaube, die Planung eines Flughafens sollte man jetzt nicht insgesamt für den Zustand der Republik halten. Also, da kenne ich auch andere Beispiele, wo es funktioniert; da bin ich nicht so pessimistisch an der Stelle.

Gleichzeitig will ich nicht leugnen, dass es Handlungsbedarf gibt. Wir tun auch einiges. Aber ich finde, man muss an dieser Stelle aufpassen.

Und deswegen: Ich war ein wenig verärgert. Ich hatte den Eindruck: Na, ist das das richtige Zeichen, um jetzt gemeinsam auch mit diesen beiden großen Volksparteien die Politik zu gestalten?

Ich sehe das inzwischen etwas entspannter. Aber Sie haben mich nach meiner damaligen situativen Reaktion gefragt. Und die war schon, offen gesagt, ein wenig verärgert.

Tissy Bruns:
Herr Vaatz brennt schon darauf, den Faden gleich aufzunehmen, soll er auch. Ich möchte aber doch für einen Moment noch einmal unsere beiden Wissenschaftler in der Runde in Anspruch nehmen, auch für das Merkel-Zitat, und noch einmal anknüpfen an diesen Gegensatz oder Nichtgegensatz von Freiheit und Demokratie, der ja schon eben bei der Betrachtung des Willy-Brandt-Zitates aufgetaucht ist. Haben wir so etwas wie zuviel Demokratie und zu wenig Freiheit? Erst Frau Schwan, dann Herr Offe.

Gesine Schwan:
Beide Begriffe sind so vielschichtig, dass man das jetzt nicht mit einem Satz beantworten kann, sondern man muss das dann spezifizieren.

Ich habe diesen Merkel-Satz so verstanden, dass sie vieles unter einen Hut bringen musste als Kanzlerin einer großen Koalition in einer schwierigen Zeit. Sie konnte ja jetzt nicht einfach für die CDU sprechen. Also musste sie auch Sachen aufnehmen, die aus der SPD-Tradition kommen und wert und toll sind. Ich glaube, dass das auch zusammenfiel mit ihrer Erfahrung, die sie damit in Erinnerung gebracht hat, ihrer damaligen Erfahrung. Zugleich war der Wahlkampf ja geführt worden im Grunde mit dem Slogan: Freiheit gegen Wohlfahrtsstaat, Sozialstaat und diese Sachen – Staat sehr stark verstanden als bürokratisches Hemmnis – und unter dem Aspekt Deregulierung. Die Deregulierung, soweit man sie erkennen konnte, im Wahlkampf hieß im Grunde: Befreiung der Ökonomie aus irgendwelchen politischen Regelungen. Und dahinter steckte: Es gibt zu viele Regelungen. Jemand wie Tony Blair sagte: Wir brauchen bessere Regelungen. Und das fängt ja auch an, allmählich sich durchzusetzen, statt Deregulierung »better regulation«, bessere Regulierung, weil, wenn man das zu Ende denkt, Deregulierung mit dem Ende der Politik aufhört und dann im Grunde nur noch der freie Wirtschaftslauf und der Markt funktionieren. Da er nicht funktioniert, wenn er keinen wirklichen Ordnungsrahmen hat, wird das eine Selbstzerstörung. Dieser zweite Aspekt, dass Angela Merkel als Kanzlerin und als Parteivorsitzende der CDU doch auch irgendwie diesen Akzent des Wahlkampfes hinüberretten musste in die neue Regierung, den habe ich da auch drin gesehen. Und das war eigentlich rhetorisch ganz geschickt. Dass sie die Sachen so verband, das ist nicht einfach eine feindselige antagonistische Sache gewesen, aber doch der Akzent ist jetzt anders. Ich habe da Freiheit verstanden als die Lebensweise, in der Menschen sich nicht versorgt fühlen von irgendeiner politischen sozialen Institution, sondern für sich selbst sorgen. Das war, das ist das Freiheitsverständnis, was ich da drin gesehen habe.

Das ist bei Lichte betrachtet, so wie ich die beiden Begriffe Freiheit und Demokratie verstehe, natürlich kein Gegensatz. Niels Annen hat es schon gesagt: Es gibt auch – das überrascht nun auch wiederum manche Sozialdemokraten, wenn ich das öffentlich sage – eine Tradition der sozialdemokratischen oder sozialistischen Subsidiarität. Es gibt diese Tradition, die immer in Form von Genossenschaftstendenzen usw. da gewesen ist. Also, sich selbst helfen,

nicht alles auf den Staat schieben. Das ging ganz gut mit der katholischen Arbeiterbewegung zusammen, auch ideell. Das hatte ja eine Bedeutung. Das muss man ja historisch sehen, auch wenn Schumacher seine Dissertation über den Staat geschrieben hat und den Staat ja gerade der Sozialdemokratie schmackhaft machen wollte mit dem Argument, dass das nicht nur ein Überbau der Kapitalisten ist, sondern eine eigene demokratische Dignität hat. Dieser Staat war immer als demokratischer Staat gedacht. Insofern sind Staat und Demokratie nicht im Gegensatz. Und da würde ich auch so einen Diskussionspunkt ansetzen zum Referat von Richard Schröder, der, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, gesagt hat: Sie wollten mehr Demokratie wagen, aber sie haben dann eigentlich mehr Staat und mehr Planung gemacht. Dann muss man genau gucken, wo sind da Gegensätze zwischen Staat und Demokratie oder zwischen Markt und Planung. Sicher können Gegensätze bestehen, wenn der Staat der Bürokratie überbordet, was ja nicht automatisch mit Staat identisch ist, und man dann nicht einmal handlungsfähig ist.

Also, Demokratie und Freiheit sind dann nicht im Gegensatz, wenn man nicht Freiheit einfach auf den liberalen Rechtsstaat reduziert. Das war ja die historische Komponente, auf die man auch Bezug nahm. Montesquieu, mein Geliebter aus dem 18. Jahrhundert, spricht von Freiheit, der spricht nicht von Demokratie, obwohl eine Tendenz in seinem Freiheitsverständnis ist, dass es zur Demokratie kommt, damit alle diese Freiheit praktizieren können. Das ist die gleiche Freiheit. Wenn Freiheit marktliberal gedacht wird, radikal marktliberal, dann steht sie in meiner Sicht im Gegensatz zur Demokratie, weil das im Gegensatz zur Mitbestimmung der Politik steht. Wenn Freiheit gedacht wird als politische Teilhabe und nicht nur als Freiheit von und auch nicht nur als private Freiheit, dann steht sie natürlich nicht im Gegensatz zur Demokratie. Und so begreife ich Demokratie. Ich glaube, heute würde ich sagen, die damalige Idee der Demokratisierung der gesellschaftlichen Teilbereiche ging davon aus, zu sagen, man führt das Demokratieprinzip bis ganz runter in alle kleinen Bereiche, bis in die Familie natürlich, Hausgemeinschaft usw. Und das legt eine gewisse Bürokratisierung nahe. Das kann passieren damit. Auf der anderen Seite glaube ich, jetzt sozusagen den ganzen Gedanken der Partizipation und der Mitbestimmung gerade in der Arbeitswelt zu verabschieden, halte ich für radikal falsch. Ich glaube, dass wir sehr viel mehr die organisierte Zivilgesellschaft jetzt als Element der Demokratie, auch der Partizipation nehmen müssen. Das ist viel unübersichtlicher, viel irregulärer, ist nicht genau

dasselbe wie die sozialen Bewegungen, weil die Zivilgesellschaft nicht für sich in Anspruch nehmen kann und es eigentlich auch nicht tut, sozusagen statt der Parteien legitimiert zu handeln. Das kann sie nicht. Sie kann nur ergänzen. Sie wäre eine Form der Praktizierung politischer Freiheit, nämlich Teilhabe, Selbstbestimmung, Mitbestimmung im politischen Bereich, die nicht mehr gleichsam so durchorganisiert ist, dass die Gefahr einer zu starken Bürokratisierung vielleicht gebannt wäre. So sehe ich es.

Tissy Bruns:
Herr Offe, Herr Vaatz hat schon ganz viel auf dem Zettel. Trotzdem Herr Offe, noch einmal zum APO-Problem bis hin zum Jahr 2005. Man könnte in gewisser Weise sagen: Von diesem ganzen Aufbruch, dem Schwung, der Zukunftshoffnung, der Demokratisierung ist geblieben, eine über alles labernde Gesellschaft, in der jeder sagen kann, was er will, in der jeder Ministerpräsident, jede Bürgerinitiative über Bundesangelegenheiten mitsprechen kann, aber wirklich im Ernst nicht mehr zählt, dass man dann auch wirklich Verantwortung für Entscheidungen übernimmt, die freie Menschen zu treffen haben in aristotelischen Sinne. Sind wir nicht irgendwie da angekommen?

Claus Offe:
Nein, so pessimistisch würde ich das nicht sehen. Aber es gibt sicher Anhaltspunkte dafür, dass es so ist, wie Sie sagen.

Also, noch mal zurück zu dem Zitat »Mehr Freiheit wagen«. Wenn ich meine unmittelbare Reaktion darauf gestehen darf, da kann ich Herrn Annen gut verstehen, dann war es so, dass ich diesen Satz ein bisschen epigonal fand und mich gefragt habe: Sind die Schuhe nicht ein bisschen zu groß, in die sie sich da stellt? Aber ein zweiter Gedanke: Ich habe mich nicht geärgert, aber ich war befremdet davon. Die Implikation des Satzes von Frau Merkel ist die Behauptung, wir hätten irgendwie zu wenig Freiheit. Und dann hätte ich gerne eine Antwort gehabt auf die Frage: Wer begrenzt, wer behindert, wer beschränkt, beeinträchtigt denn unsere Freiheit, die da offenbar als unzulänglich ausgegeben wird? Und da findet man im Text der Rede die Antwort, die Bürokratie. Also: bürokratische Bremsen weg! Das ist jedoch wohl nur ein Ausschnitt der Sache. Es gibt auch Freiheitshindernisse, die nicht durch Bürokratie erklärt werden können. Und wenn man da auf wirtschaftliche Macht zu sprechen kommt, dann liegt man sicherlich nicht ganz falsch, dass Ursachen

Prof. Dr. Claus Offe (r.)

für Beschränkungen der Freiheit sowohl der Politik wie des einzelnen Bürgers auch bei den Inhabern wirtschaftlicher Macht liegen können.

Dann kam mir noch ein dritter Gedanke. Nämlich der, dass es eigentlich schade, bedauernswert und traurig ist, dass die Sozialdemokraten es gestattet haben, dass ihnen – salopp gesagt – nicht nur der Begriff der Republik und des Republikanismus geklaut worden ist von einer gottlob randständigen Bewegung, die sich »Republikaner« nennt, sondern auch der Begriff der Freiheit dabei ist, ihnen entwendet und für gegnerische Zwecke gebraucht zu werden. Leider ist Peter von Oertzen nicht mehr in Ihren Reihen, werte sozialdemokratische Freunde. Aber der hat darüber sehr gut geschrieben, dass eigentlich der Zentralbegriff der sozialdemokratischen Partei und Bewegung in ihrer Geschichte der Begriff der Freiheit ist, nicht – wie oft behauptet wird – der Begriff der Gleichheit. Freiheit ist, als ein gesellschaftspolitisches Vorhaben, die Befreiung von Angst, Not, Zwängen, Abhängigkeiten und Befürchtungen. Und wenn ich mir einen Rat erlauben darf, wäre es an der Zeit, den Begriff der Freiheit (wie ebenso den Begriff der Republik) aus sozialdemokratischer Sicht in diesem Sinne wiederzuerobern.

Tissy Bruns:
Das geht an Herrn Annen, aber jetzt hat Herr Vaatz Feuer frei. Sie dürfen sich aussuchen, auf welchem Feld Sie die Klingen kreuzen wollen.

Arnold Vaatz:
Ja, vielleicht erst mal zum Letzten. Herr Offe, niemand will der armen Sozialdemokratie Begriffe klauen.

Claus Offe:
Tja.

Arnold Vaatz:
Die Begriffe sind in Deutschland Allgemeingut, das ist sozialisiert, für alle verwendbar.

Und ich halte den Anspruch auf den Besitz von Begriffen einigermaßen wunderlich, muss ich mal sagen. Aus dem Grund muss ich auch sagen, ich halte auch nichts von Ihrer Einstufung der Äußerung »Mehr Freiheit wagen« als epigonal. Vielleicht bin ich, wenn ich morgen sage, mehr Ehrlichkeit wagen, auch epigonal. Also, ich glaube, solche Ansprüche auf Markenzeichen sollten wir erst mal weglassen. Das sind Eitelkeiten, die brauchen wir nicht, wenn wir uns tatsächlich einen Weg suchen, wie es dem Land besser gehen kann.

Jetzt zu dem Thema »Ausspielen von Demokratie gegen Freiheit«. Das ist etwas, Herr Annen, was ich am allerwenigsten verstehe. Niemand, der sagt »Mehr Demokratie wagen«, muss damit meinen, dass er die Freiheit als zuviel empfindet. Und niemand, der sagt »Mehr Freiheit wagen« muss damit meinen, es gäbe zu viel Demokratie.

Es ist ganz anders. Wer sagt »mehr Freiheit wagen«, der muss erklären, welchen Mangel es denn im Augenblick an Freiheit gibt. Und wer sagt »mehr Demokratie wagen«, der muss erklären, welchen Mangel an Demokratie es gibt. So, und das ist das große Problem der Verständigung Ost/West in diesem Fall beispielsweise. Bei Brandts »mehr Demokratie wagen«, ja, was sollten denn die Ostdeutschen denken? Wenn damals beispielsweise die Interpretation dieses Satzes von Brandt für eine Staatsbürgerkundearbeit als Thema vorgegeben worden wäre, dann hätten die Studenten schreiben müssen: »Ja, der Bundeskanzler meint, dass er endlich eine solche Demokratie wie bei uns einzurichten gedenkt.«

Lachen im Publikum.

Arnold Vaatz:
»Und da ihn aber die Klassenverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, im reaktionären Staat des Kapitalismus daran hindern, wird er leider seine Träume nicht verwirklichen können.« Das wäre Note 1 gewesen, also für einen Schüler in der DDR.

So, das heißt »mehr Demokratie wagen in der Bundesrepublik«. Ich glaube, es gab hinterher keine wesentlichen Änderungen von Wahlgesetzen, keine wesentlichen Änderungen von Formen der Demokratie. Herr Schröder hat vorhin gesagt, mehr Partizipation. Da muss ich auch gleich wieder sagen, Herr Offe: Sie haben gesagt, mehr Demokratie bestünde nicht allein aus mehr Partizipation. Das hat er auch nicht gesagt, überhaupt nicht, sondern er hat gesagt: auch mehr Partizipation. Bestimmt hat die Demokratie eine Reihe von Ausformungen erreicht, die sie vorher nicht hatte. Bloß, ich frage mich, ob das in jedem Fall mehr Demokratie war. Bei Bürgerbewegungen habe ich auch manchmal den Eindruck, dass dahinter der Versuch steht, dass eine Minderheit einer Mehrheit ihre Vorstellungen aufzuzwingen gedenkt. Und das muss nicht mehr Demokratie sein.

Claus Offe:
Zum Beispiel?

Arnold Vaatz:
Zum Beispiel? Ja, ich meine, wenn ich an die Hausbesetzerszene und so was denke, die es ja mal gegeben hat. Ich weiß nicht, was damit jetzt ist.

Eine interessante Form von Demokratie habe ich kennen gelernt jetzt in Dresden in einem Gespräch mit Jugendlichen, die das Recht, Häuserwände mit Graffiti zu beschmieren, mit folgendem Argument begründeten: Also, es zählte nicht, wenn man sagte, dass das Haus jemandem gehört, der dafür bezahlt und dieses Haus gebaut hat und dem demzufolge auch die Gestaltung der Wand obläge. Sondern sie sagten, dieses Haus steht im Blick von allen. Und der Blick gehört allen und aus dem Grund gehört die Wand allen und aus dem Grunde können wir dort draufschreiben, was wir wollen. Das ist so ein Beispiel für Partizipation, so wie die das verstanden haben. Ich will dazu jetzt keinen Kommentar abgeben. Ich will nur sagen, wie weit man den Begriff,

Arnold Vaatz, MdB

wie weit manche Leute in diesem Land den Begriff Partizipation mit wie viel Fantasie ausfüllen.

So, aber ich wollte noch eine Bemerkung machen, zur »Staatsfeindlichkeit«. Herr Annen, ich verstehe das jetzt nicht so, dass Sie das wie in dem Begriff Staatsfeind zu DDR-Zeiten verwenden wollten, sondern Gegnerschaft gegen zu viel Staat damit meinten. Wenn wir uns vielleicht darin wiederfinden. Da ist natürlich die Frage berechtigt, ob der Staat in der gegenwärtigen Zeit der Bundesrepublik Deutschland nicht bereits eine Reihe von Funktionen wahrnimmt, von dem er die Hände lassen sollte. Und darüber muss zumindest eine Diskussion möglich sein. Ich erinnere an der Stelle immer an eine Diskussion. Sie sagen völlig richtig, man kann nicht alles am Berliner Flughafen festmachen. Das ist schon wahr. Wir hatten im Jahre 1991 eine Diskussion um das so genannte Bundesverkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz – unermesslicher Begriff. Hätten wir dieses Gesetz nicht gehabt, dann wären wir

in Ostdeutschland zu Planungszeiten von normalen Landstraßen gekommen, die so etwa in Größenordnungen von 15 bis 20 Jahren gelegen hätten. Diese Planungszeiten sind in der Bundesrepublik Deutschland zustande gekommen, nachdem der Infrastrukturaufbau im Wesentlichen vollzogen war. Bei uns sollte das stattfinden, als es noch überhaupt keine Infrastruktur gab. Das war die Auffassung einer großen Menge von Politikern damals, auch aus Ihrer Partei. Es gab damals erbitterte Auseinandersetzungen und dann schließlich doch eine Mehrheit für dieses erleichterte Planungsgesetz, was einfach die Anzahl der Einsprüche reduzierte. Und deshalb ist es möglich geworden, dass wir in ganz Ostdeutschland die Planungszeiten verkürzen konnten, bis auf 2, 3 Jahre. Nur deshalb ist es überhaupt möglich gewesen, das Straßennetz in Ostdeutschland so weit zu ertüchtigen, dass wir überhaupt annähernd eine Dichte jetzt haben wie in manchen westdeutschen Ländern. So, und es ist nur deshalb möglich gewesen, weil der Staat sich an der Stelle zurückgenommen hat und die Entscheidungen schneller zustande gekommen sind. Ich denke, solche Überlegungen müssen, wie es an diesem Beispiel jetzt deutlich geworden ist, noch in wesentlich mehr Bereichen greifen, und das verstehe ich unter mehr Freiheit wagen.

Tissy Bruns:
Schöne Polemik, vielen Dank. Herr Annen darf als nächster antworten, aber dann Frau Schwan und Herr Offe.

Niels Annen:
Auf den Punkt, den Sie hier ansprechen, muss ich genauer eingehen. Ich will gar nicht Ihrem Beispiel widersprechen. Ich denke auch, dass es immer Situationen gibt, in denen man, und das hat die Politik auch getan, natürlich immer vor der ganz pragmatischen Frage steht: Welche Entscheidung muss die Politik treffen, um ein vernünftiges Ergebnis beispielsweise in der Frage der Infrastruktur zustande zu bringen? Gar keine Frage.

Trotzdem gibt es aber bestimmte Rechtsgüter, wie beispielsweise Bürgerbeteiligung etc., die mit abgewogen werden müssen. Und ich sage keinesfalls, dass alles, was wir vorher im Westen aufgebaut haben, ideal war und ist. Darum geht es mir nicht.

Natürlich geht es mir nicht um Staatsfeinde in dem Sinne, dass jetzt Einzelne kategorisiert werden sollten. Vielleicht trifft es das, was ich auch im

Wahlkampf erlebt habe und was ich auch bis heute in der politischen Diskussion hierzulande erlebe, nämlich ein Diskurs, der im Grunde genommen seit vielen Jahren auch in den Wirtschaftswissenschaften sagt: Der Staat muss sich zurückziehen, wir müssen privatisieren, wir müssen deregulieren. Und deswegen muss ich Ihnen widersprechen.

Mit Begriffen wird ganz bewusst politisch gearbeitet, nicht in dem Sinne, dass irgendjemand jetzt ein bestimmtes Vorrecht auf einen Begriff hat. Jeder kann in diesem Land – wir leben glücklicherweise in einem freien Land – jederzeit jeden Begriff benutzen. Aber Herr Vaatz, Sie wissen auch ganz genau, dass in der Politik das Besetzen von Begriffen, das Interpretieren eine ganz entscheidende Größe darstellt, auch in der politischen Auseinandersetzung. Man kann sich doch anschauen, wie beispielsweise auch von großen Lobbyverbänden in Initiativen der Begriff der Freiheit vereinnahmt wird, um im Grunde genommen zu sagen: Der Staat soll sich zurückziehen, er soll es den Privaten überlassen. Oftmals stehen hier auch ganz konkrete handfeste wirtschaftliche Interessen dahinter. Ich habe diesbezüglich eine andere Vorstellung, ohne dass ich deswegen staatsgläubig bin.

Deswegen ist mir diese Differenzierung am Anfang meines Beitrages so wichtig gewesen, zu sagen: Die Sozialdemokratie, ich ganz persönlich auch, meint, dass der Staat viele Dinge in diesem Land auch weiterhin, wenn es z. B. um die Bereitstellung öffentlicher Güter, Infrastruktur etc. geht, organisieren muss. Aber nicht ausschließlich und nicht in irgendeiner ideologisch zugespitzten vergrämten Form. Darum geht es nicht.

Aber, ich finde, wir müssen die Diskussion dann schon auch unter Kenntnisnahme bestimmter empirischer Befunde führen.

Wir diskutieren in Deutschland darüber, das ist ja auch beispielsweise in Ihren Ausführungen deutlich geworden, dass der Staat zu viel Raum einnimmt. Man kann natürlich für eine solche Aussage hervorragend Beispiele finden – auch zum Teil groteske Beispiele. Sie werden nicht erleben, dass ich Ihnen da widerspreche. Ich kenne ebenfalls viele groteske Beispiele, bei denen es bürokratische Hemmnisse gibt, bei denen es Entscheidungen von Bürokraten gibt, die zum Teil nicht einmal demokratisch legitimiert sind und die eine Entwicklung aufhalten, anstatt sie zu befördern. Ich kenne hierfür auch aus meinem Wahlkreis Beispiele – da sind wir uns wahrscheinlich schnell einig.

Aber im europäischen Vergleich ist unser Staat mit dem, was er für die Bürgerinnen und Bürger zu leisten hat, was er leisten soll, und was die Menschen

von ihm erwarten – das sagt Ihnen jede Umfrage – unterfinanziert. D. h., der Diskurs der letzten Jahre, der Staat muss abmagern, muss sich zurückziehen, korrespondiert nicht mit den Erwartungen, die die Menschen haben, wenn es beispielsweise um Dinge wie Kinderversorgung, um öffentliche Sicherheit oder um Investitionen in Bildung geht. Und das ist die Debatte, die ich führen will.

Das ist auch der Gegensatz. Und das hat meines Erachtens etwas mit Demokratie zu tun. Mir stellt sich die Frage, ob wir in der Lage sind, diese Güter bereitzustellen. Verstehen wir den Sozialstaat, den wir aufgrund veränderter ökonomischer Grundlagen reformieren müssen, als einen Sozialstaat, der nicht nur eine Nothilfe, ich sage mal, als Absicherung gegen absolute Armut bietet, sondern, ob er auch einen partizipativen Charakter hat und Teil dieser Demokratie ist. Das ist es, was mich umtreibt und weshalb ich auch in die Politik gegangen bin. Und da hatte ich aus dem Wahlkampf den Eindruck, hätte man umgesetzt, was Sie damals in Leipzig beschlossen haben, wäre dem Staat der Boden unter den Füßen entzogen worden. Und ich hatte den Eindruck – nicht bei jedem Kollegen der Union, das will ich auch sagen – aber ich hatte den Eindruck, es gab einige, die fanden diese Vorstellung gar nicht so befremdlich. Das ist der Hintergrund meiner Aussagen.

Beifall.

Tissy Bruns:
Kleiner Appell, weil das immer sehr verführerisch ist aktuell, dass wir nicht ganz auf die Frage »mehr Staat, weniger Staat, besser regulierter Staat« jetzt uns nur verlegen sollten, sondern den Freiheits- und den Demokratiebegriff im Auge halten.

Frau Schwan, dann Herr Offe.

Gesine Schwan:
Ich war Herrn Vaatz sehr dankbar dafür, dass er dieses konkrete Beispiel gab, was in einer bestimmten historischen Situation in Ostdeutschland gegeben war, nämlich, dass zuviel Einspruchsrechte den Planungsprozess zu sehr gehemmt, den Bauprozess zu sehr gehemmt haben, wobei der schöne Begriff, den Sie gesagt haben ja ein furchtbar langer Begriff war. Dass da das Wort Beschleunigung drin war, kriegt man erst beim zweiten Mal mit, dass es also

ein Planungsbeschleunigungsgesetz war mit allem, was vorher noch stand. Das ist das Lustige dann bei solchen Namen von Gesetzen.

Das ist kein Vorwurf, ich will nur sagen, so vertrackt ist das. Und es zeigt sich natürlich, dass auch Demokratie in ihrer konkreten Mischung von allgemein geregelten Dingen und individuell geregelten Dingen, wenn ich das mal unterscheide – und mit den individuell geregelten Dingen kann man auch vom Privaten sprechen, aber der Begriff »privat« ist ja auch ein sehr schillernder –, dass das auch von der jeweiligen Situation abhängt. Denn die Regelungsmechanismen in Westdeutschland waren ja nicht eingeführt worden aus lauter Jux und Tollerei, weil nun Leute fanatisch Prozesse der Entscheidung und des Baus hemmen wollten, sondern weil Erfahrungen gemacht worden sind mit ungeregelten Bauentscheidungen, die etwa zur Unwirtlichkeit der Städte geführt haben usw. Da würden wir uns wahrscheinlich auch sehr schnell treffen, das wollen wir auch nicht. Das kam daher, dass solche Entscheidungen allein der Dynamik wirtschaftlicher Prioritäten entsprungen sind, und andere Prioritäten, Bürgerinteressen dagegen sich nicht durchsetzen konnten. Das kann dann wiederum zuviel werden. Das kann einen Selbstlauf entwickeln, es kann vor allen Dingen auch von den Bürgern in einer Weise gehandhabt werden, dass es zu einer reinen Blockadepolitik kommt, weswegen ich immer wieder unterstreiche: Alles, was organisatorisch, gesetzlich, institutionell geregelt ist, ist das eine. Wie Menschen es handhaben, ist das andere. Sehr gute Gesetze können wirklich bis zum Letzten kaputtgemacht werden, wenn sie in einem Geist gehandhabt werden, wo man sich nicht verständigt. Das wissen wir auch alle, die wir einmal das Prinzip der Gewaltenteilung durchdacht haben. Gewaltenteilung ist wunderbar gegen Willkür und kann schrecklich sein, wenn man alles blockieren will. Hat der alte Montesquieu auch schon gewusst. Also, wie wir es handhaben, ist wichtig.

Und was ist da jetzt Freiheit? Der so genannte negative Freiheitsbegriff heißt, dass man nicht beeinträchtigt ist von irgendeiner Regelung, dass man tun und lassen kann, was man will. Die großen Freiheitstheoretiker im moralischen Sinne haben aber immer gesagt: Freiheit ist jedenfalls nicht, einfach meiner Spontaneität nachzugeben. Das wäre gar nicht Freiheit. Sondern, wenn ich Kant nehme, setzt Freiheit voraus, dass ich hier ein Ordnungssystem habe, nach dem ich mich richte und mit dem ich auch meine rein animalischen Triebe, die mich ja eigentlich zum Knecht meiner, dieser Triebe machen würden, beherrschen kann. Also: Freiheit heißt nicht einfach: völlig losgelöst sein.

Es gibt bestimmte anarchistische Positionen, die meinen, dass der Mensch so gebaut ist, dass er nur völlig befreit werden muss, dann ist er schon in Ordnung. Das ist auch durchaus ein diskutierbares Menschenbild, ich teile es nicht. Es muss entweder Selbstregelungen geben, die man sich moralisch oder sonst wie aufbaut, oder es muss dann rechtliche Regelungen geben, die von moralischen unterschieden sind. Und wie weit der Raum ist, der rechtlich reicht und wie weit nicht, das können wir nicht ein für allemal sagen.

Wenn ich da, Herr Vaatz, erinnern darf an Ihre lustigen Leute, die Graffiti-Sprayer, die den Blickhorizont als Bereich der Partizipation definiert haben, das hat mich wirklich nicht überzeugt. Die argumentieren ja: »Was nicht legitim ist, das kann legal gebrochen werden, Feierabend. Dafür dürfen wir auch nicht eingesperrt werden.« Ich kenne diese Diskussion aus den Aktivistenzeiten der 70er und 80er Jahre. Auch da ging es um den zivilen Ungehorsam, und meine Grundposition war und ist: Das Recht muss gewahrt bleiben. Dazu gehört auch das Eigentumsrecht. Aber: Es kann moralische Gründe geben, das Recht zu brechen. Da muss man die Konsequenz des Rechtsbrechers ziehen, damit das Recht als System erhalten bleibt. Das ist ein bisschen kompliziert. Wir brauchen alle Erfahrungen, um das zu sehen, dass es natürlich auch im rechtlichen Rahmen unter Menschenrechtsgesichtspunkten ganz rechtliche Handlungen geben kann. Die ganze Asyldiskussion geht darum. Die Kirche hat deswegen oft Asylrecht in den kirchlichen Räumen gewährt, und das haben andere ganz unmöglich gefunden. Es ist ein kompliziertes Ding.

Ich denke, wir sind heute vor der Herausforderung, ein vernünftiges Verhältnis zu finden zwischen den notwendigen Belangen der Gesellschaft doch ihre wichtigen Sektoren, Bildung, Gesundheit usw., gemeinsam zu regeln, auch in gemeinsamer Verantwortung. Das, meine ich, gehört auch zum Gesundheitssektor, der scheinbar ein ganz privater ist. Das ist er aber natürlich längst nicht mehr. Es ist ja ein ganz öffentlicher. Auf der anderen Seite geht es natürlich darum, den Freiraum, die Spontaneität zu gewähren, dass man überhaupt was machen kann, dass man was entscheiden kann, dass man was voranbringen kann. Bei meinem Bereich der Universität kommt es ja nicht von ungefähr, dass ich meine in eine Stiftungsuniversität verwandeln möchte, weil ich nicht in allem das Ministerium fragen will, das eine demokratische Institution ist. Ich bin deswegen nicht gegen Demokratie, ich möchte Handlungsfreiheit. Deswegen kann ich das verstehen. Und dieses Verhältnis von Handlungsfreiheit, auch von zivilgesellschaftlicher demokratischer Verantwortung, allgemeiner Regelung, das auszutarieren, auch der Situation angemessen zu machen, das ist wichtig.

Dass Wahlkämpfe dann ganz schrecklich zuspitzen, ist auch üblich. Ich gestehe, dass ich da im Wahlkampf der CDU im Sommer eigentlich nur noch das Wort Deregulierung und letztlich Entpolitisierung gehört habe. Ich habe nicht mehr gefunden: Wo gibt es denn auch noch weiter Räume, die wir politisch regeln müssen, auch wenn dann der Prozess ein bisschen länger dauert? Das ist nicht diskutiert worden. Und deswegen habe ich damit ein Problem gehabt.

Beifall.

Tissy Bruns:
Herr Offe tariert weiter aus.

Claus Offe:
Also der Staat als Bremse der Freiheit, das ist eine ärgerliche Gleichsetzung. Frau Schwan hat das ausgeführt, dass die Staatstätigkeit immer diese Ambivalenz mit sich führt. Nehmen Sie die staatlich verhängte Pflicht, für bestimmte Vorhaben eine Baugenehmigung einzuholen. Das bedeutet immer eine Verzögerung des Vorhabens, wie Sie richtig gesagt haben. Es kostet Zeit, Genehmigungen einzuholen; aber das kann ja durchaus seinen guten Sinn haben, dass infolge der Genehmigungspflicht die Städte so aussehen, wie sie bei uns aussehen, und nicht so wie im mittleren Westen der USA. Und die Antwort auf die Frage, ob es »zu viel« Staat gibt, ist in hohem Maße mit Interessen verknüpft. Manche finden, es gebe viel zu viel Staat, weil wir so lange auf die Baugenehmigung warten müssen. Manche finden dagegen, es gebe viel zu wenig Staat, weil die einzelnen Regelungen, was die Sicherheit von Bewohnern, die Dauerhaftigkeit von Gebäuden, die Energieeffizienz usw. angeht, noch viel strikter gefasst werden müssten.

Diese populistische Aversion gegen Regulierungen erinnert mich an den Freiheitsbegriff des ADAC, der fordert: »Freie Fahrt für freie Bürger«. Dagegen ist vielleicht in Erinnerung zu rufen, damit wir nicht immer nur die deutschen Klassiker zitieren, eine schöne Formulierung, die für die englische Arbeiterbewegung und Labour Party maßgeblich war, von einem politischen Theoretiker namens Thomas Hill Green. Der hat schon lange vor dem Ersten Weltkrieg

gesagt: Der Zweck der Staatstätigkeit ist es, »to hinder hindrances«, das heißt Behinderungen der Freiheit zu neutralisieren. Das ist ein durchaus aktives Staatsverständnis, das auf Freiheit bezogen ist. Nicht der Staat verletzt die Freiheit, sondern der Staat sichert die Freiheit gegen »hindrances«, Freiheitsbehinderungen, die von den Inhabern elterlicher, wirtschaftlicher, religiöser oder aller anderen Arten von Macht kommen. Das sozusagen auszublenden und so zu tun, als ob jede Staatstätigkeit ganz selbstverständlich als freiheitsschädlich verdächtig sei, ist eine Einseitigkeit, die wir uns einfach nicht leisten sollten. Und natürlich gibt es in Wissenschaft wie Politik vielfältige Diskussionen darüber, wie man diesen freiheitsichernden Anspruch und Auftrag der Staatstätigkeit feiner tarieren kann. Das vorentscheiden zu wollen und so zu tun, als ob man über die Aussage, es gebe »zuviel Staat«, ähnlich leicht Einigkeit erzielen könnte, wie über die Aussage, »das Wetter ist schlecht«, das führt zu einer Verzerrung der Debatte.

Ich darf vielleicht Hermann Heller, sozusagen einen der bedeutenden Theoretiker der Staatslehre der sozialdemokratischen Tradition zitieren, der sinngemäß sagt: »Die Aufgabe des Staates ist, im Sinne eines Gesamtwillens auf die Gesellschaft einzuwirken, und zwar durch demokratische Vermittlung der Gesellschaft mit sich selbst.« Das klingt vielleicht kompliziert, meint aber die ganz einfache Zweckbestimmung auf der Wirkungsseite der Staatstätigkeit, die Freiheit der Bürger auf demokratische Weise zu sichern. Zivilgesellschaft ist ein hier in unmittelbarer Nachbarschaft liegendes Thema. Dazu hat Frau Schwan schon etwas gesagt, das will ich jetzt nicht wiederholen. Aber diese inszenierte Bürokratiefeindschaft und Staatsverdrossenheit, die im Namen von Freiheit daherkommt, das sollte deutlich geworden sein, ist eine höchst problematische Sache.

Tissy Bruns:
Herr Schröder hat in seinem Vortrag eine interessante Begrifflichkeit für seine Begegnung als junger ostdeutscher Student mit den jungen westdeutschen Studenten gemacht, denen er so etwas wie geistiges Gefangensein in der Alternative bescheinigt hat. Damit hat er ja für unsere Diskussion auch eine Latte aufgelegt, weil das einem in jeder Zeit passieren kann. Der Mensch neigt dazu, sich an schwarz und weiß zu orientieren, wenn es kompliziert wird. Da ich fürchte, wenn wir jetzt über mehr oder weniger Staat weiterdiskutieren, unterlaufen wir die Latte, die Herr Schröder gelegt hat, und ich möchte deswegen für die letzte Runde eine andere Frage anschneiden. Oder ich möchte die Begriffe, unsere Begriffe von Demokratie und Freiheit noch einmal zu einem anderen ins Verhältnis setzen, nämlich zur Verantwortung.

Zu dem Unterschied zwischen 1969 und 2005 gehört zweifellos, dass Willy Brandts Wort gezündet hat, in der Gesellschaft einen Schub ausgelöst hat. Das ist Merkels Wort, ob man sich darüber ärgert, geärgert oder darüber gefreut hat, in dem Maße nicht gelungen. Warum ist das so?

Offenbar hören ja viele Menschen in diesem Land das Wort Freiheit inzwischen so, als sei das eine gewisse Bedrohung und zwar die Drohung, man entließe sie in eine grenzenlose globalisierte Welt, in der keine Regeln mehr gelten, keine Sicherheiten und kein Versprechen der Demokratie mehr. Damit hat es ja was zu tun. Jetzt die nobelpreisverdächtige Frage an alle: Wie kann denn die Politik, wie können die Wissenschaftler, wie können Stiftungen, wie diese hier, es besser schaffen, das Freiheitsversprechen für die Menschen in der globalisierten Welt neu aufzuladen?

Jetzt darf sich melden, wer anfangen will.

Gesine Schwan:
Wir hatten 1968 eine unglaubliche Aufbruchstimmung, eine Zuversicht, einen Glauben in wissenschaftliche Lösbarkeit, in technische Machbarkeit, in Emanzipationsfähigkeit. Viele hatten einen großen Glauben in große Theorien und große Systeme. Das ist alles desillusioniert. Wir sind heute von diesen großen Entwürfen abgekommen, weil sie sehr viele negative Seiten hatten und sehr viele Illusionen waren. Wir leben in einer Welt, in der aus meiner Sicht Freiheit in erster Linie bedroht ist durch eine nicht geregelte globale Ökonomie. Das ist aus meiner Sicht die größte Bedrohung zurzeit für die Freiheit: eine nicht geregelte globale Ökonomie. Ich sage auch, eine kapitalistische Ökonomie.

Beifall.

Und ich füge hinzu: Ich sehe kein grundsätzlich alternatives Wirtschaftsmodell zum Kapitalismus. Aber es kommt alles darauf an, wie wir regeln, politisch regeln. Dafür einen Weg zu finden, das ist das Ei des Columbus. Das werden wir nicht mehr mit großen, sozusagen fegenden Parolen hinkriegen. Denn, wenn wir es durchdenken – und ich glaube, sich an die Wahrheit und an die Analyse zu halten, bringt noch immer am weitesten – wenn wir das

durchdenken, stellen wir fest: Wir müssen ein kompliziertes System von der Kommune bis auf die globale Ebene finden von Steuerungsmechanismen, wo die verschiedensten Akteure zusammenkommen: die große Wirtschaft, die großen Wirtschaftsunternehmen, auch die kleineren in der Kommune, die traditionellen politischen Institutionen und die von mir genannten zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Mein Eindruck ist im Umgang mit vielen Menschen, auch in Reden: Menschen sind nach wie vor bereit zu Engagement, auch zu einer gewissen Zuversicht, wenn sie den Eindruck haben, dass sie bei den Vorschlägen, die ihnen gemacht werden, ehrlich auch auf sich selbst rückverwiesen werden – sie sind bereit zur Verantwortung –, und wenn deutlich wird, wo ungefähr Schneisen eines politischen Programms sein könnten. Dies beides ist auch die Aufgabe von Parteien, aber nicht nur. Und ich bin immer wieder überrascht, wie realistisch, wie keineswegs larmoyant, wie aktionsbereit sehr viele Menschen sind.

Allerdings, glaube ich, kommt es wirklich darauf an, in aller Ruhe zu sehen, wo sind die Bedrohungen der Freiheit? Die Bedrohung der Freiheit liegt gegenwärtig nicht, so wie ich das sehe, in irgendeiner bedrohlichen Diktatur, die auf uns zukommt. Das war sie; das ist im Moment nicht unser Problem. Die Bedrohung der Freiheit liegt in einem System, das tendenziell – und das wissen doch alle, sowohl kapitalistische Ökonomen als auch früher marxistische – eine selbstzerstörende Macht in sich hat, wenn wir sie nicht politisch in die Hand bekommen und regeln. Das deutlich zu machen und dann im Einzelnen von der Kommune aus beginnen, wo es um Integration gehen kann, wo Unternehmen und Bürgerinitiativen und Kommunalverwaltungen überschaubar zusammen was machen können, auch Ergebnisse haben können, da bin ich ganz zuversichtlich, dass wir damit die Menschen wieder heranholen. Das wird nicht der große Schwung sein. Das sind nicht die Tausende, die zusammenkommen. Zu Tausenden kommt man zusammen, um gegen etwas zu sein. Zu Tausenden kommt man nicht zusammen für etwas, sondern in Kleingruppen kommt man zusammen für etwas.

Beifall.

Tissy Bruns:
Herr Offe, Studenten aus 35 Nationen haben Sie täglich vor sich.

Claus Offe:
Ja, wo Sie gerade von Nobelpreisträgern gesprochen haben, erinnerte mich das an einen von ihnen, nämlich an Amartya Sen, den bedeutenden Ökonomen und Philosophen, der sich seit 1985 mit der Frage beschäftigt, wie man Freiheit realisieren und steigern kann, und seine Überlegungen auch in Berlin schon verschiedentlich vorgetragen hat.

Der zentrale Begriff, der schwer ins Deutsche zu bringen ist, ist der Begriff der »capabilities«. Man kann es so übersetzen: Man muss den Möglichkeitsraum des Handelns von Individuen steigern, und zwar nicht, indem man ihnen Geld in die Tasche steckt, sondern dadurch, dass man sie befähigt, das zu praktizieren, was man als Kontrolle ihrer eigenen Geschicke bezeichnen kann, als »fate control«.

Dazu gehören Güter, die nicht nur instrumentell wertvoll sind, wie Geld, weil man sich damit schnellere Autos kaufen kann oder was auch immer, sondern die in sich selbst wertvoll sind wie Bildung, Gesundheit, Rechtssicherheit, Partizipationsgelegenheit – auch am politischen Leben. Das ist der Ansatz, wie man Freiheit sichern und Freiheit erweitern kann, dass man diese Grundausstattung mit den möglichkeitserweiternden Lebensgütern zunächst einmal sicherstellt und erweitert. Was mehr als irgend etwas anderes die Freiheit beeinträchtigen und sogar auf Null reduzieren kann, ist das Gefühl intensiver Unsicherheit, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, die eben daraus hervorgeht, dass in unseren Gesellschaften – Herr Sen kommt aus Indien, aber es gilt nicht nur dort, sondern auch bei uns – sehr viele Leute über die Grundvoraussetzungen, ein erträgliches Dasein zu realisieren und ihre Lebenspläne zu verfolgen, nicht verfügen, weil sie mit diesen Grundgütern wie Gesundheit, Qualifikation, Bildung, Sicherheit nicht ausgestattet sind. Wenn man etwas an dem Freiheitsbegriff tun will und die Freiheit voranbringen will, dann muss man capabilities, wie er sagt, also die Fähigkeit zur Kontrolle über die eigene Lebenstätigkeit fördern und ausbauen. Und ich empfehle diese manchmal schwierigen, manchmal aber auch sehr eingängigen Ausführungen von Amartya Sen sehr Ihrer Aufmerksamkeit, wenn ich in etwas professoraler Tonart enden darf. Danke.

Tissy Bruns:
Das ist Ihres Amtes. Herr Annen, der Politiker.

Niels Annen:
Ja, ich glaube, dass sehr richtig ist, was Claus Offe gesagt hat, und es bedeutet doch letztlich, dass die Freiheit einer materiellen Grundlage bedarf. »Verunsicherung«, das ist genau die Notiz, die ich mir ebenfalls gemacht habe. Die trifft man inzwischen nicht nur in Deutschland in den Schichten an, die unmittelbar von Armut betroffen und bedroht sind.

Das ist ja für jemanden, der wie ich in der Bundesrepublik aufgewachsen ist, ein Begriff, der in den ersten Jahren meiner politischen Sozialisation nur im Zusammenhang mit Ländern der Dritten Welt vorgekommen ist, aber niemals im Zusammenhang mit der Beschreibung der politischen Situation in unserem Land.

Die Verunsicherung, die es gibt, die betrifft nicht nur mehr allein die Menschen, die abgehängt sind, die inzwischen in der zweiten, dritten oder vierten Generation von Transferleistungen leben und die auch gar nicht mehr partizipieren. Das hat ja auch Kurt Beck, denke ich, zu Recht angesprochen in seinem Interview am Sonntag.

Da sind wir wieder bei der Demokratie. Die Verunsicherung betrifft vor allem die Menschen, die möglicherweise nie damit gerechnet haben, sich mit so einer Situation wie der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit überhaupt auseinandersetzen zu müssen.

Ich meine, so eine Situation schwächt die Demokratie. Die SPD hat das bei der Debatte um die Arbeitsmarktreform auch schmerzlich erlebt, dass häufig diejenigen, die materiell gar nicht betroffen waren, sich angesprochen, sich angegriffen gefühlt haben. Dabei ist zum Teil gar nicht gesehen worden, dass wir in einigen Bereichen auch materiell viel getan haben für Menschen, denen es früher auch noch schlechter ging. Ich will jetzt nicht eine neue Diskussion eröffnen. Aber ich glaube, es zeigt, wir müssen uns klar werden: Freiheit und die Werte unserer Demokratie sind das eine, aber die Frage, wie sie gelebt werden können, das ist die zweite Frage. Und da finde ich, ist ein Punkt, den Herr Vaatz am Anfang genannt hat, sehr, sehr richtig. Die Frage, die er aufgeworfen hat: Was kann Politik heute eigentlich noch leisten? Und diese Frage, die müssen wir diskutieren.

Sie wird aber von den Menschen zunehmend beantwortet, indem sie nicht zur Wahl gehen, indem sie sich abwenden, weil sie den Eindruck haben, viele Dinge werden gar nicht mehr von den demokratisch legitimierten Vertretern der Regierung entschieden. Insofern kommt dann doch die Frage auf uns zu:

Wer entscheidet denn eigentlich beispielsweise, wenn es um Unternehmensentscheidungen geht, um Standortentscheidungen? Deswegen hätte ich mir eigentlich fast gewünscht, wenn ich jetzt so ein bisschen auch die Diskussion über die Regierungserklärung von Frau Merkel noch einmal mir betrachte, sie hätte Willy Brandt zitiert. Ich glaube, die Frage »Mehr Demokratie wagen« ist nach wie vor hochaktuell. Sie ist hochaktuell, wenn man die Frage der demokratischen Gestaltbarkeit eben auch auf die Entscheidungen bezieht, die vielleicht gar nicht mehr im nationalstaatlichen Raum getroffen werden. Um diese Ergänzung müssen wir uns kümmern und in diesem Sinne wird dann vielleicht aus der Diskussion über Willy Brandt und Angela Merkel eben auch eine konstruktive Diskussion.

Ich will ganz am Schluss noch einmal sagen: Man kann die Erwartungshaltung, die es bei der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt gegeben hat – bei aller Kritik, die ich jetzt auch geäußert habe an der Rede von Frau Merkel –, nicht auf die heutige Situation projizieren. Eine große Koalition, die nach einem solchen Wahlkampf in die Verantwortung gekommen ist, weckt andere Erwartungen, weckt auch nicht die Euphorie. Man darf da in der Bewertung auch nicht ungerecht sein, sondern muss dann auch sehen, was eine Kanzlerin, die zwei so unterschiedliche Parteien zu repräsentieren hat, formulieren kann.

Tissy Bruns:
Jetzt dürfen Sie, Herr Vaatz, das Kanzlerinnenwort noch einmal hochhalten.

Arnold Vaatz:
Die Absicht habe ich nicht, aber trotzdem Danke, dass Sie mir noch einmal das Wort erteilen.

Zum ersten wollte ich zu Frau Schwan etwas entgegnen. Sie sagten, das Problem ist, dass es kein politisch geregeltes globalisiertes System gibt. Ich bin der festen Überzeugung, dass es das auch nicht geben wird. Man kann natürlich in den Traum sich begeben und sagen: Wir brauchen so was. Nur, ich befürchte, dass man dann seine Kräfte auf ein Ziel lenkt, dass nicht realisierbar ist und insbesondere nicht von uns realisierbar.

Dann – und jetzt leite ich über zur nächsten Bemerkung, Herr Annen, und ich habe es auch von etlichen anderen gehört – zur Armut bei uns, zur sozialen Unsicherheit bei uns in Deutschland: In fast jedem Land der Welt würden

die ärmeren Schichten der Bevölkerung mit uns tauschen. Wir müssen die Diskussion mal versuchen, in Kampala oder in Nairobi zu führen, und dann fragen, wie die Verteilung der Einkommen in diesen Ländern aussieht. Wenn wir von Verteilungsgerechtigkeit reden, reden wir ausschließlich von Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland, vielleicht noch in Europa. Niemals weltweit. Jedenfalls nicht, weil wir genau wissen, wenn wir das täten, dann bleibt für uns praktisch gar nichts mehr übrig. Das ist die Realität.

So, und deshalb sage ich: Ich glaube, die Frage, wie stützen wir soziale Bedürfnisse immer besser ab, führt meines Erachtens weg von der Frage, wie wachsen die Ressourcen, die wir zum Verteilen brauchen, in unserer Gesellschaft nach. Das ist die Kernfrage, die ich als politische Frage ansehe. Wie der Bauer, der sich jedes Jahr fragen muss: Wie viel Getreide lege ich als Saatgetreide zurück und wie viel verbrauche ich? Ich kann mich auf den Standpunkt stellen: Der Verbrauch ist sakrosankt, da kann ich nichts nach unten drehen, also muss ich am Saatgetreide sparen, wenn die Ernte schlecht ausgelaufen ist. Oder ich kann mich auf den anderen Standpunkt stellen und sagen: Wenn die Ernte schlecht ausfällt, muss ich den Gürtel etwas enger schnallen, damit ich das Saatgetreide für das nächste Jahr habe. Die letztere Position ist die meinige.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns über die unabänderliche Regenerationsfähigkeit von Ressourcen in unserer Gesellschaft Illusionen hingeben. Ich glaube nicht, dass wir tatsächlich ein Anrecht gebongt haben, dass wir für die nächsten Jahrzehnte auf demselben Niveau alle sozialen Bedürfnisse in diesem Land befriedigen können. Demzufolge brauchen wir darüber eine Diskussion.

Und das betrachte ich als Freiheit: Wenn ein Unternehmen in meinem Wahlkreis in Dresden seiner Belegschaft sagen muss: »Leider können wir Euch nicht weiterbeschäftigen. Wir müssen kündigen, es sei denn, Ihr seid einverstanden, mit 10 Prozent Lohnverzicht. Dann führen wir das Unternehmen weiter.« Und die Belegschaft darf von sich aus frei entscheiden, ob sie das tut oder nicht. Dann halte ich das für die Freiheit der Belegschaft. Das muss sie tun können.

Zwischenrufe aus dem Publikum.

Arnold Vaatz:
Das muss sie tun können. Anderenfalls ist es so, dass das Unternehmen schließt und alle arbeitslos sind.

Zwischenrufe aus dem Publikum.

Tissy Bruns:
Herr Vaatz, einen Moment bitte. Liebes Publikum, halt, halt, halt! So geht es nun nicht!

Beifall im Publikum.

Tissy Bruns:
So geht es nun nicht. Der Gastgeber hat ja nicht ohne Überlegung jemanden eingeladen, der nicht direkt dem politischen Lager von Willy Brandt angehört. Da müssen wir uns das jetzt auch schon mal anhören.

Beifall im Publikum.

Tissy Bruns:
Er hat ja hier wirklich nicht die Majorität im Publikum. Also, Herr Vaatz, fahren Sie fort.

Arnold Vaatz:
Nein, ich bin eigentlich soweit fertig, ich danke Ihnen.

Tissy Bruns:
Gut, dann darf ich abschließen und darf zuerst Herrn Vaatz danken, der, glaube ich, alle in ihn gesetzten Erwartungen des Gastgebers erfüllt hat, nämlich, dass er hier raue See auf die Majorität gemacht hat. Er hat einen Schlussbeitrag gefunden, der garantiert, dass beim anschließenden Empfang nicht nur er und die hier anwesenden, sondern auch Sie alle sich noch ordentlich die Köpfe heiß reden können.

Ich darf sehr herzlich den anderen Diskutanten danken für viele Anregungen, viele interessante Ideen, dem Publikum für seine Neugier und Aufmerksamkeit, und noch einmal sehr herzlich Herrn Schröder, der ja, wie sich ge-

zeigt hat, mit seinem Vortrag auch diese Diskussion noch sehr stark angeregt, aufgeladen und getragen hat. Und schließlich danke ich den Gastgebern, die den Rahmen für die interessante Diskussion gestellt haben und uns noch hinterher zu Speisen und Getränken einladen. Vielen Dank.

Beifall.

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1
Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2
Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3
Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik
Vortrag am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4
Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5
Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6
Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7
Perspektiven aus den Exiljahren
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8
Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9
Horst Ehmke: Reformpolitik und »Zivilgesellschaft«
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10
Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11
Peter Glotz: Willy Brandts Charisma
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12
Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13
Hans Arnold: Willy Brandt und Europa
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14
Willy-Brandt-Gespräch 2006: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der »Berliner Ausgabe« ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Bände sollen eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände wird eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte – durchaus auch mit kritischen Akzenten – in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 **Hitler ist nicht Deutschland**
Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2 **Zwei Vaterländer**
Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3 **Berlin bleibt frei**
Politik in und für Berlin 1947-1966
Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4 **Auf dem Weg nach vorn**
Willy Brandt und die SPD 1947-1972
Bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5 **Die Partei der Freiheit**
Willy Brandt und die SPD 1972-1992
Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**
Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**
Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974
Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8 **Über Europa hinaus**
Dritte Welt und Sozialistische Internationale
Bearb. von Bernd Rother u. Wolfgang Schmidt, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992
Bearb. von Uwe Mai, ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint 2008)

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Daniel Friedrich Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992
Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz
Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!
Anforderungen an einen »Brandt-Report« für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)
Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002
hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung »Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913-1992« im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Ende 2007 wird das »Willy-Brandt-Haus Lübeck« als Außenstelle eröffnet. Im Programmangebot der BWBS in der Geburtsstadt Willy Brandts werden eine Dauerausstellung sowie historisch-politische Bildungsveranstaltungen stehen.

BILDNACHWEIS
Bundesbildstelle: Coverfotos
© aller übrigen Fotos bei der BWBS

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Willy-Brandt-Gespräch 2006: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch? Vortrag und Podiumsdiskussion am 10. Oktober 2006 im Festsaal des Roten Rathauses in Berlin
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfgang Schmidt ...]
1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2007
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 14)
ISBN 3-933090-13-X